

■ **Seite 3: Geschichtchen und Geschichte.** Die westlichen Demokratien und die Oktoberrevolution. Von Domenico Losurdo ■ **Seite 6: John Reeds russische Notizblocks.** Von Abel Starzew ■ **Seite 9: Staatskapitalistische Leninisten.** Von Vladimiro Giacché ■ **Seite 11: Peinliches Erbe.** Wie Russland heute an die Oktoberrevolution erinnert. Von Reinhard Lauterbach ■ **Seite 12: Die Restauratoren kannten ihren Lenin.** Von Werner Pirker ■ **Seite 14: Frühsozialismus.** Von Georg Fülberth



ARCHIV METZGER

Die Illustrationen dieser Beilage entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Archivs Metzger dem Bildband »Die UdSSR baut den Sozialismus«, der 1933 in vier Sprachen bei Isogis in Moskau erschien. Das Buch wurde von einem Redaktionskollektiv erarbeitet und von El Lissitzky gestaltet

## Das Seltene in der Geschichte

Die Oktoberrevolution lieferte den Beweis in der Praxis: Der Bruch mit Krieg und Imperialismus ist möglich. Das ist nicht vergessen. **Von Arnold Schölzel**

**N**ormal, heißt es in Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung«, »denkt man, ist es doch, oder müsste es sein, dass sich Millionen nicht durch Jahrtausende von einer Handvoll Oberschicht beherrschen, ausbeuten, enterben lassen. Normal ist, dass eine so ungeheure Mehrheit es sich nicht gefallen lässt, Verdamnte dieser Erde zu sein. Statt dessen ist gerade das Erwachen dieser Mehrheit das ganz und gar Ungewöhnliche, das Seltene in der Geschichte. Auf tausend Kriege kommen nicht zehn Revolutionen; so schwer ist der aufrechte Gang.«

Beides, die ungezählten Kriege und die wenigen Revolutionen, lässt sich ergänzen, prägt aber die Geschichte. Und letztere vielleicht mehr als jene. Auf die Oktoberrevolution trifft das zu. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts hatten ihre Wurzeln im imperialistischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Die Oktoberrevolution

löste Russland aus dem Gemetzel, aus dem Gesellschaftssystem und insofern aus der bisherigen Geschichte. Sie war eine Friedensbewegung mit erstmals weltweiter Resonanz. Seitdem, sollte Brecht zu ihrem 20. Jahrestag schreiben, »hat die Welt ihre Hoffnung«. Sie setzte dem dominierenden Antihumanismus die Ideen des Friedens, des wirtschaftlichen Aufbaus, einer unmittelbar von den Volksmassen getragenen Staatsmacht, des Sozialismus entgegen. Den Kolonien und Halbkolonien liefert sie den Beweis, dass Veränderung möglich ist. Mit ihr begann deren Selbstbefreiung, der Aufstieg Chinas zur Weltmacht ist eine direkte Folge des Aufstands in Petrograd.

Zugleich war die Oktoberrevolution auch der Beginn einer ersten, frühen Phase eines nun 100 Jahre dauernden, ständigen Kampfes mit einem mächtigen, überlegenen Gegner. Sie endete mit dem Fall der Sowjetunion. Seitdem befindet sich die Welt in einer zweiten Phase, in der sich die Frage Sozialismus oder Barbarei

noch ganz anders stellt als 1917 vorstellbar. Angesichts der Tatsache, dass der heutige Imperialismus erneut mit dem atomaren Weltkrieg spielt, sind der Kampf um Frieden und der um Demokratie unmittelbar Überlebensfragen der Menschheit.

Die jahrzehntelange Existenz der sozialistischen Länder ist nicht vergessen. Die ständigen Attacken gegen die vor 27 Jahren verschwundene DDR in Medien und Politik der Bundesrepublik belegen das auf ihre Weise. Viele sozialpolitische Fortschritte, die im Kapitalismus erkämpft wurden, hatten die Nachbarschaft des realen Sozialismus zur Voraussetzung. Auch das gehört zu dem weltpolitischen Impuls, der von der Oktoberrevolution ausging. Sie war »normsetzend für soziale und geschichtliche Wertvorstellungen« (Hans Heinz Holz). Die herrschenden Klassen der imperialistischen Länder traten 1991 an, um diese Errungenschaften ebenso zu beseitigen wie die Befreiung vom Kolonialismus.

Der Schriftsteller Karl Kraus schrieb 1920 über den Kommunismus: »Der Teufel hole seine Praxis, aber Gott erhalte ihn uns als konstante Drohung über den Häuptern jener, so da Güter besitzen (...). Gott erhalte ihn uns, damit dieses Gesindel, das schon nicht mehr ein und aus weiß vor Frechheit, nicht noch frecher werde, damit die Gesellschaft der ausschließlichen Genussberechtigten, die da glaubt, dass die ihr botmäßige Menschheit genug der Liebe habe, wenn sie von ihnen die Syphilis bekommt, wenigstens doch auch mit einem Alpdruck zu Bette gehe!«

Es gilt, diesen Druck zu verstärken. Und das geschieht bereits, wenn auch nicht durch große Bewegungen in den kapitalistischen Zentren. Der Westen hat seit 1991 permanent terroristische Kriege angezettelt, gewinnt sie aber faktisch nicht. Die Herausbildung einer multipolaren Welt trägt längst revolutionäre Züge, in Asien, Afrika und Lateinamerika greift das Bewusstsein davon um sich. Die Oktoberrevolution bleibt ein Beispiel.



ARCHIV METZGER

# Chronik der Revolutionen

Von der Zarenherrschaft zur Sowjetmacht:  
Russland zwischen Februar und November 1917

Die Zeitangaben in der folgenden Übersicht basieren auf dem seinerzeit in den meisten europäischen Staaten gebräuchlichen Gregorianischen Kalender, der in Russland erst im Februar 1918 eingeführt wurde. Bis dahin galt dort der Julianische Kalender, der dem Gregorianischen um 13 Tage hinterherging. Die erste russische Revolution des Jahres 1917 begann am 23. Februar nach Julianischem Kalender, das entsprach dem 8. März des Gregorianischen Kalenders. Die zweite Revolution fand am 25. Oktober beziehungsweise am 7. November statt.

## Februar/März

Im dritten Winter des vom deutschen Kaiserreich gegen die Mächte der Entente – Großbritannien, Frankreich, Russland – 1914 losgetretenen Ersten Weltkrieges treibt die Unzufriedenheit von städtischem

Proletariat, armen Bauern und Soldaten in Russland auf einen neuen Höhepunkt zu. Nach zahlreichen Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen im Februar wird am 8. März in Petrograd, der Hauptstadt des Zarenreichs, zum Generalstreik aufgerufen. Zu dessen Niederschlagung befiehlt Zar Nikolaus II. den Einsatz des Militärs. Die Soldaten verweigern den Befehl und ziehen gemeinsam mit den Streikenden durch die Stadt an der Nawa. Delegierte aus Betrieben und Kasernen bilden am 12. März nach dem Vorbild der Revolution von 1905 den Petrograder Sowjet – den Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Auch in Moskau und anderen Städten werden Räte gebildet. Das vom Zaren an der kurzen Leine gehaltene Parlament, die Staatsduma, kündigt unter dem Druck der sich überstürzenden Ereignisse Nikolaus II. die Gefolgschaft und zwingt ihn so zum Thronverzicht. Am 20. März verfügt eine aus der Duma heraus von Fürst Georgi Lwow gebildete Proviso-

rische Regierung die Gefangennahme der gesamten Zarenfamilie. Zugleich werden Presse- und Versammlungsfreiheit sowie weitere demokratische Grundrechte verkündet. Die Regierungsbefugnisse sind jedoch vom ersten Tage an beschränkt: Befehl Nr. 1 des vereinigten Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten besagt u. a., dass Befehlen der Staatsduma bzw. der Provisorischen Regierung nur Folge zu leisten ist, wenn diese nicht im Widerspruch zu Beschlüssen und Befehlen des Sowjets stehen. Diese Doppelherrschaft wird zu einem Charakteristikum der nächsten Monate.

## April/Mai

Die von der Regierung verfügte Amnestie für politische Vergehen ermöglicht auch den zur Verbannung bzw. Emigration verurteilten Bolschewiki der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR/B) und anderen Linken, in die Heimat zurückzukehren. Besonders spektakulär ist die Reise von Wladimir Iljitsch Lenin und einigen Getreuen aus der Schweiz nach Petrograd. Mit der von Deutschland gestatteten Durchreise – sie wurde von der Reaktion mit Spionagevorwürfen gegen Lenin und seine Begleiter ausgeschlachtet – erhoffte sich das Kaiserreich angesichts der bolschewistischen Antikriegshaltung eine entscheidende Schwächung des Kriegsgegners. Nach zehntägiger Reise wird Lenin auf dem Finnischen Bahnhof in Petrograd stürmisch begrüßt. In einem am folgenden Tag, dem 17. April, veröffentlichten Text (April-Thesen) wendet er sich gegen die Unterstützung der von bürgerlichen und Kapitalinteressen geleiteten Provisorischen Regierung und deren Kurs auf Schaffung einer parlamentarischen Republik. Aktuell sei vielmehr die Losung »Alle Macht den Sowjets!« Die im Volk populäre Forderung nach Frieden sei ohne Sturz der Kapitalherrschaft unmöglich.

Der ungeachtet dieser Forderung von der Regierung weiterverfolgte Kriegskurs, d. h. die Teilnahme am Weltkrieg auf seiten der Westmächte, hat Konsequenzen; in der Hauptstadt verweigern die Soldaten dem Chef des Petrograder Militärbezirks, dem Kosakengeneral Lawr Kornilow, den Gehorsam. Es kommt zu einer Regierungskrise. Kriegs- und Außenminister treten von ihren Ämtern zurück; dafür holt Fürst Lwow am 18. Mai sechs rechte Sozialdemokraten – Menschewiki und Vertreter der aus Anarchisten und Volkstümlern hervorgegangenen »Sozialrevolutionäre« – in sein 16köpfiges Kabinett. Kriegsminister wird der Sozialrevolutionär Alexander Kerenski, der bisher das Justizressort geleitet hat.

## Juni/Juli

Der neue Kriegsminister sorgt zunächst für die faktische Rücknahme des Sowjetbefehls Nr. 1; in der Armee sind damit der Willkür der Vorgesetzten wieder Tür und Tor geöffnet. Ganz im Sinne der Militärführung ist auch eine von Kerenski zum 1. Juli angeordnete Großoffensive an allen Fronten, die von der Mehrheit der Deputierten des I. Gesamtrossischen Sowjetkongresses (16. Juni bis 7. Juli) gebilligt wird. Gegen die Stimmen der 533 Menschewiki und Sozialrevolutionäre haben die 105 bolschewistischen Delegierten keine Chance. Das hat neue Massenaktionen gegen den Krieg zur Folge – und ein Demoverbot der Regierung. Am 17. Juli – die Offensive ist nach anfänglichen Erfolgen kläglich zusammengebrochen – wird in Petrograd ein Aufmarsch von 500.000 Demonstranten blutig auseinandergeschossen; zurück bleiben 400 Tote und Verletzte. Fürst Lwow tritt am 21. Juli vom Amt des Regierungschefs zurück, sein Nachfolger wird Kerenski, der außerdem Kriegsminister bleibt und postwendend den reaktionären General Kornilow zum Oberbefehlshaber der Armee bestellt. Parallel zu dem von der Regierung verfügten Demonstrationsverbot werden nach einer

Geheimliste Kerenskis namhafte Funktionäre der SDAPR/B verfolgt und verhaftet. Auch Lenin wird wegen Hochverrats bzw. Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes angeklagt. Auf Beschluss der Partei taucht er in die Illegalität ab – erst Mitte Oktober wird er illegal nach Petrograd zurückkehren. Mit dem Verrat von Menschewiki und Sozialrevolutionären und der Auslieferung der Sowjets an die Kriegsbefürworter ist die bisherige Doppelherrschaft faktisch am Ende.

## August/September

In dieser Situation tritt am 8. August unter halblegalen Bedingungen in Petrograd der VI. Parteitag der SDAPR/B zusammen (bis zum 16. August). Seine 175 Delegierten vertreten 176.750 Parteimitglieder. Statt der bisherigen Losung »Alle Macht den Sowjets« rückt nach kontroversen Debatten schließlich die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes in den Vordergrund, während Kerenski, Kornilow und Co. ihrerseits auf einen »Tag X« hinarbeiten. Dem dient u. a. eine für den 25. August klammheimlich nach Moskau einberufene »Staatsberatung«. Anfang September setzt General Kornilow mit seinen Truppen zu einem Marsch auf Petrograd an, um das dort gebündelte revolutionäre Potential zu zerbrechen. Doch der in der Nawa-Metropole geplante Militärputsch scheitert am energischen Widerstand der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Kerenski ist gezwungen, den Putschgeneral abzusetzen und zu verhaften. Die Bolschewiki erhalten weiteren Zulauf, in den Sowjets von Petrograd, Moskau und vielen anderen Städten haben sie inzwischen die Mehrheit.

## Oktober/November

Zu Beginn der entscheidenden Wochen verfügt die Revolution vor allem in der Hauptstadt, aber auch in anderen Zentren des Landes über eine zuverlässige Armee von Kämpfern; allein in Petrograd sind es weit mehr als 200.000 Mann: rund 20.000 Rotgardisten, 60.000 Matrosen der Baltischen Flotte und 150.000 Soldaten der Petrograder Garnisonen. Ihnen gegenüber stehen etwa 40.000 bewaffnete Unterstützer der Konterrevolution. Die Koordinierung der Aufstandsvorbereitung liegt in den Händen des am 25. Oktober unter der Leitung von Leo Trotzki gebildeten revolutionären Militärkomitees. Am Abend des 6. November ist es soweit: Rotgardisten besetzen die Druckereien der bürgerlichen Zeitungen, kurz vor Mitternacht blockieren Matrosen und Soldaten Post- und Telegrafenanlagen; bei Tagesanbruch werden Bahnhöfe und Brücken, Staatsbank und Telefonzentrale gesichert. Im Laufe des Tages werden die Zugänge zum Winterpalais, dem Sitz der Regierung, abgeriegelt. Nachdem am Abend auch das Armeehauptquartier besetzt worden ist, gibt wenig später ein Schuss aus dem Buggeschütz des in der Nawa ankernden Kreuzers »Aurora« das Signal zum Sturm auf das von Offizierschülern und einem Frauenbataillon nur schwach verteidigte Winterpalais. Während Kerenski die Flucht ergreift, werden die anwesenden Regierungsmitglieder verhaftet. Mit lediglich sechs Todesopfern verläuft der Aufstand weitgehend ohne Blutvergießen.

Noch in der Nacht zum 7. November tritt im Smolny der II. Gesamtrossische Sowjetkongress zusammen. Von den rund 650 Delegierten sind 390 Bolschewiki, 160 Sozialrevolutionäre und 72 Menschewiki. Auf die Nachricht von der Machtübernahme durch das revolutionäre Militärkomitee hin verlässt ein Teil der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Tagung, die im weiteren Verlauf die ersten Dekrete der neuen Sowjetmacht verkündet und den von den Bolschewiki vorgeschlagenen Rat der Volkskommis-sare bestätigt.

ANZEIGE

**mandelbaum kritik & utopie**

1917 erlebte die Welt den ersten Versuch einer sozialistischen Revolution. Die Überwindung der russischen Feudalgesellschaft sollte der Auftakt einer weltweiten Umwälzung bilden. Die Beiträge dieses Bandes widmen sich der Frage, ob und inwiefern eine revolutionäre Umwälzung heute noch möglich und sinnvoll ist. Mit Texten u.a. von Silvia Federici, Michael Hardt & Sandro Mezzadra, Isabell Lorey und Ulrich Brand.

Martin Birkner / Thomas Seibert (Hg.)  
KRITIK UND AKTUALITÄT DER REVOLUTION  
Euro 17,- | 260 Seiten | ISBN: 978385476-668-1

Die FPÖ nennt sich „Soziale Heimatpartei“. Doch Michael Bonvalot zeigt ein für viele unerwartetes Bild der FPÖ – als Speerspitze des Neoliberalismus von ihrer Gründung bis heute. In Form eines praktischen Nachschlagewerks werden die Forderungen der FPÖ nachgezeichnet sowie die Vorstellungen des neuen Wirtschaftsprogramms von 2017 analysiert.

Michael Bonvalot  
DIE FPÖ - PARTEI DER REICHEN  
Euro 14,- | 232 Seiten | ISBN: 978385476-672-8

[www.mandelbaum.at](http://www.mandelbaum.at)

Roter Oktober erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin.  
Redaktion: Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Nikolas Sisis, Gestaltung: Michael Sommer

Es scheint, als wollten heute vorherrschende Ideologie und Historiographie die gesamte Bilanz eines dramatischen Jahrhunderts in einer kleinen erbaulichen Erzählung zusammenfassend darstellen, die in etwa so ginge: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird ein faszinierendes und tugendhaftes Mädchen (das Fräulein Demokratie) zunächst von einem Rohling (dem Herrn Kommunismus) und dann von einem anderen Rohling (dem Herrn Nazifaschismus) angegriffen. Indem es sich die Gegensätze der beiden zunutze macht, gelingt dem Mädchen infolge einer Verkettung komplizierter Ereignisse schließlich, sich aus der bedrohlichen Umklammerung zu befreien. Inzwischen reifer geworden, ohne jedoch seine Faszination eingebüßt zu haben, kann das Fräulein Demokratie endlich seinen Liebstraum erfüllen und den Herrn Kapitalismus heiraten. Umgeben von allseitigem Respekt und allgemeiner Bewunderung führt das sich liebende, glückliche und untrennbare Paar sein Leben in den Hauptsitzen Washington und New York, zwischen Weißem Haus und Wall Street. So stehen die Dinge und kein Zweifel ist gestattet: Der Kommunismus ist der unversöhnliche Feind der Demokratie, die sich nur festigen und entwickeln konnte, nachdem sie ihn besiegt hatte.

Dieses erbauliche Geschichtchen hat mit der wahren Geschichte allerdings nichts zu tun. Die Demokratie, so wie wir sie heute verstehen, hat das allgemeine Stimmrecht zur Voraussetzung – unabhängig von Geschlecht, Vermögen oder Ethnie. Jedes Individuum muss als Inhaber der politischen Rechte sowie des aktiven und passiven Wahlrechts anerkannt sein. Das heißt, die Demokratie unserer Tage, selbst in ihrer elementarsten und unmittelbaren Bedeutung, impliziert die Überwindung der drei großen Diskriminierungen (des Geschlechts, des Einkommens und der Ethnie), die allerdings am Vorabend des Oktober 1917 noch sehr präsent waren und einzig durch den Beitrag jener aus der bolschewistischen Revolution hervorgegangenen politischen Bewegung aufgehoben werden konnten.

Beginnen wir mit der Ausschlussklausel, die einer Hälfte der Menschheit, nämlich den Frauen, die Wahrnehmung der politischen Rechte verweigerte. In England waren die Damen Pankhurst (Mutter und Tochter), die den Kampf gegen solche Diskriminierung voranbrachten und die feministische Bewegung der Suffragetten anführten, mehrfach zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Situation unterschied sich nicht sonderlich von der in den anderen Ländern des Westens. Es war hingegen Lenin, der in »Staat und Revolution« den »Ausschluss der Frauen« von den politischen Rechten als eine vernichtende Bestätigung des mystifizierenden Charakters der »kapitalistischen Demokratie« entlarvte. Diese Diskriminierung wurde in Russland bereits nach der Februarrevolution – von Gramsci wegen der Rolle, die die Volksmassen darin spielten, als »proletarische Revolution« begrüßt – aufgehoben, was darin zum Ausdruck kam, dass die Revolution das allgemeine Wahlrecht eingeführt und auch auf die Frauen ausgedehnt hatte. Derselbe Weg ist anschließend von der Weimarer Republik beschritten worden, die ein Ergebnis der »Novemberrevolution« war, die ihrerseits von der Oktoberrevolution ein Jahr zuvor inspiriert wurde. Nach und nach bewegten sich auch die USA in dieselbe Richtung. In Italien und Frankreich hingegen konnten die Frauen die politischen Rechte erst nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Welle des antifaschistischen Widerstands erobern, zu dem wiederum die Kommunisten einen wesentlichen und entscheidenden Beitrag geleistet hatten.

Vergleichbare Erwägungen lassen sich hinsichtlich der zweiten großen Diskriminierung anstellen, die lange Zeit die

# Geschichtchen und Geschichte

Im Märchen von der westlichen Demokratie wird nicht erzählt, dass deren universelle politische Rechte ohne die Oktoberrevolution niemals Realität geworden wären. **Von Domenico Losurdo**



liberale Tradition gekennzeichnet hatte. Es geht um die Vermögens- bzw. Einkommensdiskriminierung, welche die Nichtbesitzenden, die Mittellosen, kurz, die Volksmassen von den aktiven wie passiven politischen Rechten ausschloss. Bereits wirksam von der sozialistischen Arbeiterbewegung bekämpft und wenn gleich stark geschwächt hielt sie sich am Vorabend der Oktoberrevolution noch hartnäckig. In seiner Imperialismusschrift und in »Staat und Revolution« wies Lenin auf die andauernde Vermögensdiskriminierung hin, die durch Wohnortserfordernis oder andere »kleine« (vorgeblich kleine) Besonderheiten des Wahlrechts verschleiert wurde und in Ländern wie Großbritannien den Ausschluss der »unteren, eigentlich proletarischen Schichten« von den politischen Rechten mit sich brachte. Hinzuzufügen wäre, dass sich ausgerechnet im klassischen Land der liberalen Traditionen das Prinzip »eine Person, eine Stimme« besonders spät vollständig durchsetzte. Erst 1948 verschwanden die letzten Spuren des »pluralen Votums«, das seinerzeit von John Stuart Mill theoretisch begründet und verteidigt worden war: Die Angehörigen der höheren Klassen, die als intelligenter und würdiger erachtet wurden, kamen in den Genuss des Rechts, mehr als eine Stimme abzugeben. So betrat die Vermögensdiskriminierung durch die Hintertür wieder den politischen Raum.

Den italienischen Schulbüchern wiederum lässt sich entnehmen, das die Vermögensdiskriminierung 1912 abgeschafft worden sei. In Wahrheit bestand sie in Gestalt der von Lenin angeprangerten »klei-

nen« Ausschlussklauseln fort. Aber das ist nicht der wichtigste Aspekt. Das in jenem Jahr verabschiedete Gesetz räumte gnädigerweise die politischen Rechte nur denjenigen Bürgern männlichen Geschlechts ein, die sich, wenn auch aus bescheidenen Verhältnissen kommend, entweder kulturell hervorgetan hatten, einen Ehrentitel trugen oder wegen besonderer Tapferkeit während des kurz zuvor zu Ende gegangenen Krieges in Libyen ausgezeichnet worden waren. Es handelte sich mit anderen Worten nicht um die Anerkennung eines allgemeinen Rechts, sondern um eine Art Belohnung für in erster Linie jene, die ein

Beispiel kriegerischen Mutes und Eifers im Rahmen einer kolonialen Eroberung gegeben hatten, die brutale und mitunter genozidale Züge trug.

So oder so galt das Wahlrecht dort, wo es als allgemeines oder beinahe allgemeines eingeführt worden war, ohnehin nicht für das Oberhaus, das weiterhin dem Adel und den höheren Klassen vorbehalten blieb. Im italienischen Senat saßen in ihrer Eigenschaft als rechtmäßige Angehörige die Fürsten des Hauses Savoyen. Alle anderen wurden vom König

■ Fortsetzung auf Seite 4

## 1917–2017

100 Jahre Oktoberrevolution in Russland



Eine Veranstaltung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde

Renate Richter-Weckwerth zeigt den Film »Optimistische Tragödie«

nach Wsjewolod Wischnewski über die Konflikte einer Kommissarin mit anarchistischen Matrosen. Bertolt Brecht nannte dieses Werk »ein enormes Stück über die Revolution«.

Dienstag, den 14. November 2017, um 15 Uhr im Münzenbergsaal des ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Wegen Überlänge des Filmes (knapp 3 Stunden) gibt es eine Pause.

Unkostenbeitrag 2,00 €

GBM

■ Fortsetzung von Seite 3

**Domenico Losurdo** war Professor für Philosophie an der Universität Urbino und ist Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken. Auf Deutsch erschienen zuletzt von ihm die Bücher »Wenn die Linke fehlt ... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg« sowie »Der Klassenkampf oder die Wiederkehr des Verdrängten? Eine politische und philosophische Geschichte« (beide Papyrossa).

Der hier veröffentlichte Text ist ein Auszug aus einer Studie, die unter dem Titel »Rivoluzione d'ottobre e democrazia nel mondo« 2015 auf italienisch von der Società di studi politici im Verlag La scuola di Pitagora editrice herausgegeben wurde.

Übersetzung aus dem Italienischen: Daniel Bratanovic

auf Empfehlung des Ministerpräsidenten auf Lebenszeit ernannt. Nicht anders gestaltete sich – mit Ausnahme des französischen – die Zusammensetzung der anderen europäischen Oberhäuser, deren Mitgliedschaft nicht per Wahl bestimmt, sondern vererbt wurde oder durch königliche Ernennung erfolgte. Aber selbst vom Senat der Dritten Republik in Frankreich, hervorgegangen aus einer Serie ununterbrochener revolutionärer Erschütterungen, kulminierend in der Pariser Kommune, bleibt zu sagen, dass er sich als Ergebnis indirekter Wahlen zusammensetzte und so konstituiert war, dass er die ländlichen Gegenden (politisch und sozial konservativ) in markanter Weise zum Nachteil von Paris und den anderen großen Städten und damit zum Nachteil der als revolutionäre Brutstätten erachteten urbanen Zentren überrepräsentierte. Auch in Großbritannien war das Oberhaus (zur Gänze erblich besetzt, mit Ausnahme weniger Bischöfe und Richter) trotz einer langen säkularen liberalen Tradition alles andere als demokratisch. Besonders krass war die Kontrolle, die von der Aristokratie über den öffentlichen Bereich ausgeübt wurde. Damit unterschied sich die Lage nicht wesentlich von den Verhältnissen in Österreich und Deutschland. Aus diesem Grund hat der Historiker Arno J. Mayer von der Persistenz des Ancien Régime in Europa bis zum Ersten Weltkrieg (bzw. bis zur Oktoberrevolution und den Revolutionen und Umstürzen, die auf erstere folgten) gesprochen.

In jenen Jahren waren aber auch in den USA noch Reste einer Vermögensdiskriminierung vorhanden. Doch gegenüber den europäischen Staaten zeigte sich das Ancien Régime in anderer Gestalt: Die Aristokratie der Klasse erschien als Aristokratie der »Rasse«. In den Süd-

staaten lag die Macht in den Händen der ehemaligen Sklavenbesitzer, die ihre rassistische Arroganz mitnichten abgelegt hatten und von ihren Gegnern nicht ohne Grund als Bourbonen abgestempelt wurden. Das Regime, das bisweilen von seinen Unterstützern wie von zeitgenössischen Gelehrten als eine Art Kastensystem begrüßt bzw. in kritischer Absicht analysiert wurde, war noch nicht beseitigt und gründete auf einer ethnisch-sozialen

nämlich den der westlichen und weißen Welt »fremden Völkern«, das Recht abzusprechen, sich als unabhängige Nationalstaaten zu organisieren, ganz einfach weil sie unwürdig seien. Die »minderwertigen Rassen« waren demnach pauschal und en bloc allein deshalb von den politischen Rechten ausgeschlossen, weil sie als unfähig erachtet wurden, sich selbst zu regieren. Dieser Ausschluss bestätigte sich auch auf einer zweiten Ebene, auf der na-

strebten, das Joch der »white supremacy« abzuschütteln, oft des Bolschewismus geziehen. Schlagfertig war die Antwort eines militanten Schwarzen, der sich davon nicht einschüchtern ließ: Wenn bolschewistisch zu sein bedeutet, für unsere Rechte zu kämpfen, dann bin ich eben Bolschewist, damit sollten sich alle anderen ein für alle Mal abfinden.« Das war in den Jahren, in denen die Schwarzen, die Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA wurden oder Sowjetrußland besuchten, eine für sie unbekannte Erfahrung machten: Endlich waren sie in ihrer menschlichen Würde anerkannt. Mit ihren Genossen planten sie gleichberechtigt eine neue Welt. Das lässt verstehen, warum sie in Stalin einen »neuen Lincoln« wähten, einen Lincoln, der konkret und entschieden Schluss gemacht hätte mit der Versklavung der Schwarzen, mit ihrer Unterdrückung und Erniedrigung, mit der Gewalt und den Lynchmorden, denen sie noch immer ausgesetzt waren.

Diese Sichtweise ist wenig verwunderlich. Man muss sich präsent halten, dass der Terminus Rassismus lange positiv konnotiert war. Nämlich während jener Zeit, in der die Rassendiskriminierung fortbestand und das Regime der »white supremacy« im Inneren der USA, aber auch weltweit, im Umgang der kapitalistischen Metropolen mit den Kolonien, nahezu ungestört wüten konnte. Rassismus, das war das Synonym eines nüchternen und wissenschaftlichen Geschichts- und Politikverständnisses, das nur die Naiven (in der Regel Sozialisten oder Kommunisten) ignorieren oder in Frage stellen konnten.

Wann ereignete sich der Wendepunkt in der Geschichte der Afroamerikaner? Im Dezember 1952 sandte der Justizminister der Vereinigten Staaten einen viel-sagenden Brief an den Supreme Court, der gehalten war, die Frage der Integration an öffentlichen Schulen zu diskutieren: »Die Rassendiskriminierung ist Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Propaganda und schürt auch unter den befreundeten Nationen Zweifel über das Maß unserer Hingabe an den demokratischen Glauben.« Schon aus außenpolitischen Gründen war es also nötig, die Verfassungswidrigkeit der Rassensegregation festschreiben zu lassen. Wie der Historiker Vann Woodward schrieb, lief Washington Gefahr, es sich mit den »farbigen Rassen« nicht nur im Orient und in der Dritten Welt, sondern auch im Herzen der USA selbst zu verschern. Auch dort war der kommunistischen Propaganda im Bemühen, die Schwarzen für die »revolutionäre Sache« zu gewinnen und deren »Vertrauen in die amerikanischen Institutionen« zu erschüttern, ein beachtlicher Erfolg beschieden. Die kommunistische Subversion ließ sich, mit anderen Worten, nicht eindämmen, ohne das Regime der »white supremacy« zu beenden. Der engagierte Kampf der kommunistischen Bewegung und die Angst vor dem Kommunismus spielten eine wesentliche Rolle bei der Aufhebung der Rassendiskriminierung und der Beförderung der Demokratie in den USA (und dann auch in Südafrika).

An dieser Stelle sei eine Überlegung gestattet. Wenngleich die politischen Schlussfolgerungen sehr unterschiedlich ausfallen mögen, bleibt dennoch festzuhalten, dass jeder, der seine Behauptungen auf eine auch noch so elementare historische Grundlage stellen will, genötigt ist, einen wesentlichen Punkt anzuerkennen: Das erbauliche Geschichtchen über die Demokratie, das die herrschende Ideologie noch immer herausposaunt, ist eben nichts als ein Geschichtchen. Wenn wir unter Demokratie zumindest das allgemeine Wahlrecht und die Überwindung der drei großen Diskriminierungen verstehen, dann ist klar, dass diese Demokratie vor der Oktoberrevolution nicht existierte und ohne den Einfluss, den letztere weltweit ausgeübt hat, nicht gedacht werden kann.

„ Rassismus war das Synonym eines nüchternen und wissenschaftlichen Geschichts- und Politikverständnisses, das nur die Naiven (in der Regel Sozialisten oder Kommunisten) ignorieren oder in Frage stellen konnten.

Ordnung, die vermittels des Verbots der »Rassenmischung« undurchlässig bleiben sollte. Mithin waren »interethnische« sexuelle Beziehungen und Ehen untersagt und wurden strengstens bestraft, weil sie die »white supremacy« hätten in Frage stellen können.

Damit wären wir bei der dritten großen Diskriminierung. Sie erwies sich vor der Oktoberrevolution als lebendiger denn je und trat auf zwei verschiedene Weisen in Erscheinung. Die Welt war zu jener Zeit, um mit Lenin zu sprechen, gekennzeichnet durch die unangefochtene Herrschaft von »einigen wenigen auserwählten Nationen« bzw. einer Handvoll von »Muster-nationen«, die sich selbst das »ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung« zuschrieben und damit der überwältigenden Mehrheit der Menschheit,

tionalen: In der Südafrikanischen Union und in den USA wurde die schwarze Bevölkerung hart unterdrückt. Sie genoss weder politische noch zivile Rechte.

Die Lynchjustiz in den USA des 19. und 20. Jahrhunderts wurde vor allem an den Schwarzen verübt. Der US-amerikanische Historiker Vann Woodward hat davon eine ebenso nüchterne wie grauenvolle Beschreibung gegeben. Die Fälle von Lynchjustiz wurden in den Lokalblättern angekündigt. Zügen hängte man zusätzliche Waggons an, um weitere Zuschauer, es waren bisweilen Tausende, ankarren zu können, die aus kilometerweit entfernten Ortschaften stammten. Und selbst die Kinder erhielten schulfrei, um dem grausamen Spektakel beiwohnen zu können. Der Lynchmord konnte Verbrennung, Erhängen oder Erschießen bedeuten. Finger und Zehen, Knochen und Genitalien der Ermordeten konnten bisweilen als Souvenir ebenso erworben werden wie Postkarten mit der Illustration des Ereignisses. Hier war nicht jene fabelhafte Demokratie aus dem erbaulichen Geschichtchen am Werk, sondern eine, der renommierte US-amerikanische Gelehrte einen anderen Namen verpasst haben. Diese »Herrenvolk democracy« übte nicht nur gegen Afroamerikaner und Asiaten, sondern auch gegen jene, die aus Ländern eingewandert waren, deren »rassistische Reinheit« in Zweifel gezogen wurde, ein terroristisches Regime der »white supremacy« aus.

Noch in den 30er Jahren waren die Schwarzen, die man während des Ersten Weltkriegs zum Gefechteinsatz einberufen hatte, damit sie für die Verteidigung des Vaterlandes kämpften, einem Terrorregime unterworfen, das sich gleichzeitig als widerliche Gesellschaft des Spektakels inszenierte. Die Titel und Berichte der Lokalzeitungen jener Zeit sprechen für sich: »Große Vorbereitung auf den Lynchmord heute abend«. Kein Detail wurde vernachlässigt: »Man fürchtet, das Gewehrfeuer auf die Neger könnte sein Ziel verfehlen und unschuldige Zuschauer treffen, darunter Frauen mit Kindern im Arm«. Doch wenn alle sich an die Regeln hielten, werde »niemand enttäuscht sein«. Diese Spektakel wurden rücksichtslos durchgeführt. Andere Schlagzeilen lauteten so: »Das Lynching vollzog sich beinahe genauso, wie in der Zeitungsankündigung vorhergesagt«; »die Menge applaudierte und lachte über den schrecklichen Tod eines Negers«; »dem Leichnam eines Negers wurden Herz und Genitalien entnommen«.

In welche Richtung, an welche Bewegung und an welches Land wandten sich die Opfer dieses Grauens, wollten sie Solidarität und Inspiration für ihren Widerstands- und Emanzipationskampf erfahren? Sofort nach der Oktoberrevolution wurden die Afroamerikaner, die danach

ANZEIGEN

Jörn Schütrumpf (Hrsg.)  
**Diktatur statt Sozialismus**  
Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18  
Die Debatte in der linken Sozialdemokratie über die Ereignisse im revolutionären Russland, die im Sommer 1917 einsetzte, zeigt ungewöhnliche Frontverläufe.  
464 Seiten, Klappenbroschur  
29,90 Euro, ISBN 978-3-320-02331-7

Philippe Kellermann (Hrsg.)  
**Anarchismus und Russische Revolution**  
Der Band beschreibt die Rolle, die Anarchisten in Russland im Kontext der Russischen Revolution spielten, und zeigt die Reaktionen der internationalen anarchistischen Bewegung.  
416 Seiten, Klappenbroschur  
29,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02328-7

**diezt berlin**

Das gesamte Programm und Bestellungen unter [dieztberlin.de](http://dieztberlin.de)

Wladislaw Hedeler (Hrsg.)  
**Die russische Linke zwischen März und November 1917**  
Es waren nicht die Bolschewiki, die den Takt der ersten Monate im revolutionären Russland bestimmten. Das linke Parteienspektrum war bunt gemischt, die Gemengelage im Revolutionsjahr 1917 kompliziert.  
336 Seiten, Klappenbroschur, 24,90 Euro, ISBN 978-3-320-02329-4



Wir sagen: Wir sind im Wachsen begriffen, die Sowjetrepublik wächst! Wir sagen: Mag kommen, was da will; doch was für Leid die Imperialisten auch immer heraufbeschwören werden, sie werden sich dadurch nicht retten. Der Imperialismus wird untergehen, die internationale sozialistische Revolution aber wird siegen, trotz alledem!

Lenin 9. November 1918

1917 ★ 2017  
**OKTOBER**  
**REVOLUTION**  
**TROTZ ALLEDDEM!**

Kommunistische Partei aufbauen!  
Organisieren wir uns für die sozialistische Revolution!  
[trotzalledem1@gmx.de](mailto:trotzalledem1@gmx.de) ★ [www.trotzalledem1.ml](http://www.trotzalledem1.ml)

# Über die Schranken hinaus

In seinem Text befasste sich der Revolutionär vor allem mit dem Entwurf, den Grigori Jakowlewitsch Sokolnikow (siehe biographische Randnotiz) vorgelegt hatte. Die in Anführungszeichen gesetzten Worte und Zitate beziehen sich auf Sokolnikows Formulierungen:

Man kann nicht von »Versuchen«, die Welt aufzuteilen, sprechen, denn die Welt ist bereits aufgeteilt. Der Krieg 1914 bis 1917 ist nicht ein »Versuch der Aufteilung« der Welt, sondern ein Kampf um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt. Der Krieg war für den Kapitalismus unvermeidlich geworden, weil der Imperialismus mehrere Jahre vorher die Welt aufgeteilt hatte, sozusagen nach dem alten Maß der Kräfte, das der Krieg »korrigieren« soll.

Den Kampf um Kolonien (um »neue Länder«) ebenso wie den Kampf um den »Besitz der Territorien schwächerer Länder«, all das hat es auch vor dem Imperialismus gegeben. Charakteristisch für den heutigen Imperialismus ist etwas anderes: Nämlich, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ganze Erde von einem oder anderen Staat besetzt, dass sie aufgeteilt war. Nur deshalb war die Neuaufteilung (...) auf der Basis des Kapitalismus nicht anders möglich als um den Preis eines Weltkrieges. Auch »international organisierte Kapitalistenverbände« hat es schon vor dem Imperialismus gegeben: Jede Aktiengesellschaft mit Beteiligung von Kapitalisten verschiedener Länder ist ein »international organisierter Kapitalistenverband«.

Charakteristisch für den Imperialismus ist etwas anderes, das es früher, vor dem 20. Jahrhundert, nicht gegeben hat, nämlich die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts, die vertragmäßige Aufteilung der Länder unter sie als Absatzgebiete. (...)

## Ausländische Arbeiter

Indem wir hiermit die Analyse des Entwurfs des Genossen Sokolnikow abschließen, müssen wir eine sehr wertvolle Ergänzung besonders hervorheben, die er vorschlägt und die man meines Erachtens annehmen und sogar erweitern sollte. Und zwar schlägt er vor, dem Absatz, der vom technischen Fortschritt und von der zunehmenden Verwendung der Frauen- und Kinderarbeit handelt, hinzuzufügen: »wie auch die Arbeit ungelernter, aus rückständigen Ländern importierter ausländischer Arbeiter« (zu verwenden). Das ist eine wertvolle und notwendige Ergänzung. Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit schlechter bezahlter Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch. Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der Parasitismus der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeiter der »biligen« ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten. Die Worte »schlechter bezahlten« müssten hinzugefügt werden, ebenso wie die Worte: »und oft rechtlosen«, denn die Ausbeuter der »zivilisierten« Länder machen sich immer den Umstand zunutze, dass die importierten ausländischen Arbeiter rechtlos sind. Das lässt sich ständig nicht nur in Deutschland hinsichtlich der russischen, d. h. der aus Russland zureisenden Arbeiter, sondern auch in der Schweiz hinsichtlich der Italiener, in Frankreich hinsichtlich der Spanier und Italiener usw. beobachten.

Anfang Oktober 1917 griff Lenin in die Debatte um die Neufassung des Parteiprogramms der Bolschewiki ein. Ein Auszug



N. Lenin: Zur Revision des Parteiprogramms. Veröffentlicht im Oktober 1917 in der Zeitschrift *Prosweschtschenije*. Hier zitiert nach: Wladimir Iljitsch Lenin: Werke, Band 26. Dietz Verlag, Berlin 1960, Seiten 153–158

Grigori Jakowlewitsch Sokolnikow, 1888 in Romny im Gouvernement Poltawa als Sohn eines Arztes geboren, schloss sich 1905 als Jurastudent in Moskau den Bolschewiki an. 1908 wurde er nach Sibirien verbannt, floh aber nach sechs Monaten von dort und gelangte nach Paris, wo er an der Sorbonne studierte. 1917 kehrte er mit Lenin nach Russland zurück und übernahm verschiedene Funktionen in der Partei der Bolschewiki. Er wurde mit der Abfassung eines Entwurfs für das neue Parteiprogramm beauftragt. 1918 unterzeichnete er an Stelle von Trotzki das Abkommen von Brest-Litowsk mit dem deutschen Kaiserreich. 1922 wurde er zum Volkskommissar für Finanzen ernannt, 1929 als Botschafter nach London entsandt. 1936 wurde er verhaftet und im Prozess gegen mehrere alte Bolschewiki zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach offizieller Version erschlugen ihn Mithäftlinge am 21. Mai 1939 in einem Straflager am Ural. Eine Recherche des KGB in den Jahren 1956 bis 1961 ergab, dass er auf Anordnung der damaligen NKWD-Führung ermordet wurde. Das oberste Gericht der UdSSR rehabilitierte ihn 1988.

Vielleicht wäre es zweckmäßig, im Programm die Sonderstellung des Häufleins der reichsten imperialistischen Länder, die sich durch die Ausplünderung der Kolonien und der schwachen Nationen parasitär bereichern, stärker zu betonen und anschaulicher auszudrücken. Das ist eine äußerst wichtige Eigenart des Imperialismus, die übrigens bis zu einem gewissen Grade die Entstehung tiefgehender revolutionärer Bewegungen in jenen Ländern erleichtert, die die Opfer der imperialistischen Raubzüge sind, die vor der Gefahr stehen, durch die imperialistischen Giganten (wie Russland) aufgeteilt und versklavt zu werden., eine Eigenart, die aber andererseits bis zu einem gewissen Grade die Entstehung tiefgehender revolutionärer Bewegungen in jenen Ländern erschwert, die viele Kolonien und fremde Länder auf imperialistische Weise ausplündern und so einen (verhältnismäßig) sehr großen Teil ihrer Bevölkerung zu Teilnehmern an der Aufteilung der imperialistischen Beute machen. (...)

## Übergang zum Sozialismus

Krieg und Zerrüttung zwingen alle Länder, vom monopolistischen Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus überzugehen. Das ist die objektive Lage. Aber in revolutionären Verhältnissen, in einer Revolution geht der staatsmonopolistische Kapitalismus unmittelbar in den Sozialismus über. Man kann in der Revolution nicht vorwärtsgehen, ohne zum Sozialismus zu schreiten – das ist die objektive, durch Krieg und Revolution geschaffene Lage. (...) Wir ziehen in die Schlacht, d. h., wir kämpfen für die Eroberung der politischen Macht durch unsere Partei. Diese Macht wäre die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft. Wenn wir diese Macht ergreifen, fürchten wir uns nicht, über die Schranken der bürgerlichen Ordnung hinauszugehen, sondern im Gegenteil, wir sagen klar, direkt, unzweideutig und in aller Öffentlichkeit, dass wir über diese Schranken hinausgehen, dass wir furchtlos zum Sozialismus schreiten werden und dass unser Weg eben über die Sowjetrepublik führt, über die Nationalisierung der Banken und Syndikate, die Arbeiterkontrolle,

die allgemeine Arbeitspflicht, die Nationalisierung des Bodens, die Konfiskation des gutsherrlichen Inventars usw. usw. In diesem Sinne haben wir ein Programm der Übergangsmaßnahmen auf dem Wege zum Sozialismus gegeben. (...)

Wir wissen nicht, ob wir morgen oder etwas später siegen werden. (Ich persönlich bin geneigt zu glauben, dass es morgen sein wird – ich schreibe dies am 19. Oktober 1917 – und dass wir uns mit der Machtergreifung verspäten können, aber auch morgen ist immerhin morgen und nicht heute). Wir wissen nicht, wie bald nach unserem Sieg nicht noch vorübergehende Perioden der Reaktion und des Sieges der Konterrevolution geben wird – unmöglich ist das keineswegs –, und darum werden wir, wenn wir gesiegt haben, eine »dreifache Befestigungslinie« gegen eine solche Möglichkeit errichten. (...)

Dasselbe gilt für das wirtschaftliche Gebiet. Wir sind uns alle darüber einig, dass die Angst, zum Sozialismus voranzuschreiten, die größte Erbärmlichkeit und Verrat an der Sache des Proletariats ist. Wir sind uns alle darüber einig, dass die wichtigsten ersten Schritte auf diesem Wege solche Maßnahmen sein müssen wie die Nationalisierung der Banken und

Syndikate. Führen wir zuerst diese und andere ähnliche Maßnahmen durch, und dann werden wir weitersehen. Wir werden dann klarer sehen, denn die praktische Erfahrung, die millionenmal mehr wert ist als die besten Programme, wird unseren Horizont unermesslich erweitern. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, ja unzweifelhaft, dass es auch hier nicht ohne »kombinierte Typen« der Übergangszeit gehen wird; ja, unzweifelhaft, dass es auch hier nicht ohne »kombinierte Typen« der Übergangszeit gehen wird; so können wir zum Beispiel die Kleinbetriebe mit ein oder zwei Lohnarbeitern weder sofort nationalisieren noch auch nur einer wirklichen Arbeiterkontrolle unterstellen. Mag ihre Rolle auch verschwindend klein, mögen sie auch durch die Nationalisierung der Banken und Trusts an Händen und Füßen gebunden sein, mag das alles sein, aber wozu das Minimalprogramm streichen, solange es, wenn auch nur kleine, Winkel gibt, wo die bürgerlichen Verhältnisse weiterbestehen? Als Marxisten, die kühn zur größten Revolution der Welt voranschreiten und zugleich den Tatsachen nüchtern Rechnung tragen, haben wir nicht das Recht, das Minimalprogramm zu streichen.

## Basel und seine Partei der Arbeit grüsst das revolutionäre Petrograd!

Zum Jubiläum wünschen wir allen fortschrittlichen Menschen der Welt nachhaltige Erfolge beim Aufbau einer wahren Volksdemokratie und eines modernen Staates, bei der Nationalisierung der Ressourcen, bei der Kontrolle des Finanzkapitals und der Grossindustrie, bei der Agrarreform, bei der Bildungsoffensive, beim Aufblühen einer reichen Kultur und bei der Sicherung des Friedens – genauso wie 1917!

Partei der Arbeit Basel • [www.pda-basel.ch](http://www.pda-basel.ch)

ANZEIGEN

2017  
1917



Gregor Gysi  
Anke Hennig  
DJ Kraft (KIZ)  
Jürgen Kuttner  
Elfriede Müller  
Felicitas Reuschling  
Schroeter und Berger

## REVOLUTIONSREVUE

7. November  
20:00 Uhr (Einlass ab 19:30)  
SO36, Oranienstraße 190, Berlin  
Eintritt: 2 Euro

### Neue Hefte aus unserer Reihe "Pankower Vorträge"

**Heft 213: Das Echo der russischen Revolutionen (2)**  
Von Deutschland bis Lateinamerika. Eine Welt im Umbruch  
von: *Marcel Bois, Stefan Bollinger, Hans Hautmann, Stefan Rinke, Reiner Tosstorff, Marga Voigt*; Berlin 2017, 64 Seiten, 3 Euro (+ Versand)

**Heft 212: Das Echo der russischen Revolutionen (1)**  
Russland von innen und von außen  
von: *Stefan Bollinger, Karl-Heinz Gräfe und Mario Kefßler*  
Berlin 2017, 60 Seiten, 3 Euro (plus Versand)

**Heft 210: Keine Frage der Interpretation: Russland gehört zu Europa**  
von: *Armin Jähne*; Berlin 2017, 48 Seiten, 3 Euro (plus Versand)

"Helle Panke" e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin  
Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin  
Tel: (030) 47 53 87 24 | info@helle-panke.de  
Mehr Hefte und Termine: www.helle-panke.de

**Helle Panke**  
Kultur & Politik

## bahoe books



Renato Curcio  
**Das virtuelle Reich**  
Die Kolonialisierung der  
Fantasie und die soziale Kontrolle  
13,5 x 22 cm | Klappenbroschur  
136 Seiten | € 15  
ISBN 978-3-903022-52-2



Auguste Blanqui  
**Die Ewigkeit durch  
die Gestirne**  
Mit einem Vorwort  
von Jaques Ranciére  
13 x 21 cm | Hardcover  
112 Seiten | € 16  
ISBN 978-3-903022-51-5

Besuchen Sie uns auf der 22. Nürnberger  
Linken Literaturmesse vom 17.–19. November

Gesamtes Programm auf: [www.bahoebooks.net](http://www.bahoebooks.net)

**Der russische Literaturkritiker und Übersetzer Abel Isaakowitsch Starzew (1909–2005) veröffentlichte 1965 in der sowjetischen Zeitschrift Ogonjok den folgenden Artikel, dessen damalige deutschsprachige Fassung wir in Auszügen veröffentlichen. Vollständig wird der Text im Novemberheft 2017 der Monatszeitschrift Rotfuchs dokumentiert.**

Schon lange war bekannt, dass russische Notizblocks von John Reed existieren, die sich auf seinen Aufenthalt in Russland im Herbst 1917, als er Zeuge und Teilnehmer der »Zehn Tage, die die Welt erschütterten« war, und auf seinen folgenden Besuch in den Jahren 1919 bis 1920 beziehen, als die Sowjetmacht bereits gefestigt war. Sie befanden sich anfangs im Besitz der Witwe Reeds, der Schriftstellerin Louise Bryant; nach ihrem Tode gelangten sie in ein amerikanisches Archiv.

Diese Notizblocks – Fotokopien – liegen nun vor uns. (...) Sie spiegeln Reeds rastlose Tätigkeit in Form von Stichworten über das Geschehen wider – abwechselnd mit Aufzeichnungen über Begegnungen und Interviews, mit Namen, Adressen, Telefonnummern, schnell hingeworfenen Skizzen, mit Zahlenreihen über Wahlergebnisse. Protokollarische Notizen oder ausführliche Teile einer Reportage werden durch drei bis vier Zeilen unterbrochen, die irgendwo schräg oder am Ende der Seite hingeschrieben wurden und plötzlich ein starkes Gefühl der unmittelbaren Teilnahme an den geschilderten Ereignissen aufkommen lassen.

»Morgen um sechs Uhr abends Kollontai. Patronenfabrik. Tichwinskaja. Straßenbahn Nr. 9.« Das ist eine Verabredung mit Alexandra Michailowna Kollontai in der Petrograder Patronenfabrik, deren Belegschaft hinter den Bolschewiki steht. Die Notiz bezieht sich auf die Tage vor dem Oktober.

»Zwei Maschinengewehre vor dem Eingang, je eins auf jeder Seite. Rote Garde, Soldaten, Matrosen. Ein englischer und ein amerikanischer Offizier versuchen, in das Innere vorzudringen. Strengste Wache. Die Form der Passierscheine ändert sich alle drei bis vier Stunden.« Das ist der Smolny (im 19. Jahrhundert das erste russische Institut für Frauenbildung, 1917 Sitz des Petrograder Sowjets, jW) in den entscheidenden Tagen.

»Raum des Bataillonskomitees. Frühstück. Gemeinschaftskessel mit Suppe, sechs oder acht Löffel. Kessel mit Grütze. Für jeden ein Stück Brot. Zu mir – ein herzliches Verhältnis. Lachen, Scherze.« Da ist Reed beim 6. Reserve-Pionierbataillon am Vortage der Abfahrt an die Front nach Zarskoje Selo (heute Puschkin, bis 1917 Sommerresidenz der Zaren, jW), wo die bolschewistischen Einheiten und Abteilungen der Roten Garde die Truppen (Alexander) Kerenskis (1881–1970, im Sommer und Herbst 1917 Chef der Provisorischen Regierung, jW) schlugen.

Reed kam nach Russland, ohne ein Wort Russisch sprechen zu können. In einem Notizblock älteren Datums ist auf einem Blatt das russische Alphabet aufgeschrieben; über jedem Buchstaben ist auf Englisch die Aussprache vermerkt. Um sich eine Losung auf einem Plakat zu merken, notiert er sie zur Hälfte in russisch, zur Hälfte in englisch: »Da strastwujet Proletarian Victory!« (Es lebe der Sieg des Proletariats!) (...)

Wahrscheinlich sind nicht alle Notizblocks Reeds erhalten geblieben, die als Grundlage für »Zehn Tage, die die Welt erschütterten« dienten. Einige Abschnitte des Buches spiegeln sich in den Notizblocks nicht wider oder sind nur leicht angedeutet. Andererseits gibt es Zeilen und Seiten, die vollständig in das Buch übernommen wurden oder die feste Grundlage für die eine oder andere Episode, für eine Schilderung oder Charakteristik bilden. Es ist interessant und lehrreich zugleich zu verfolgen, in welchen Fällen sich Reed mit rein repor-

# John Reeds russische Notizblocks

Die Grundlage für das Buch »Zehn Tage, die die Welt erschütterten« bildeten Aufzeichnungen des US-Journalisten, die lange unbekannt blieben. **Von Abel Starzew**

tageartigen Aufzeichnungen zufriedengibt und in welchen Fällen er eine Szene oder eine Episode schöpferisch ausarbeitet, nach dem Gedächtnis ergänzt oder verallgemeinert.

Aber auch die nicht ins Buch übernommenen Aufzeichnungen sind für die Leser als Ergänzung oder Kommentar zum gedruckten Text von hohem Interesse. Hier einige Aufzeichnungen und Notizen, die die sehr knappe Beschreibung des Meetings im Obuchow-Werk (1863 in St. Petersburg gegründete Kanonenstahlfabrik, jW) im 2. Kapitel von »Zehn Tage, die die Welt erschütterten« ergänzen. Im Notizblock ist der Tag des Meetings – der 8. Oktober – angegeben. Beschrieben ist der Weg bis zum Werk, in dem Reed zuvor noch niemals gewesen war. Weiter ist notiert, dass das Meeting fünf Stunden dauerte, die vieltau-

die New Yorker Zeitung *Liberator* schickte. Der zweite Artikel unter demselben Titel erschien im *Liberator* nach seinem Tode, im Januar 1921; wie es scheint, hatte ihn die in die USA zurückgekehrte Louise Bryant mitgebracht. Der Artikel endet folgendermaßen: »Bei klirrendem Frost, in der schlimmsten Zeit des schwersten Winters, den Sowjetrussland durchmachte, fuhr ich aus Moskau heraus, um zu sehen, wie es in den Provinzstädten und Dörfern aussieht. Dort, ziemlich weit von der Hauptstadt entfernt, sah ich, dass die Sowjetmacht tief in das Leben des Volkes eingedrungen ist, dass sich die neue Gesellschaftsordnung bereits eingebürgert hat und etwas Selbstverständliches ist. Als Beispiel möchte ich erzählen, was ich in Klin, der Kreishauptstadt, wo der Kreissowjet seine Sitzungen abhält, gesehen habe ...« (...) Seine eigenen

»Morgen um sechs Uhr abends Kollontai. Patronenfabrik. Tichwinskaja. Straßenbahn Nr. 9.«

sendköpfige Menge von Arbeitern verharret die ganze Zeit über und hörte den Rednern aufmerksam zu. Reed vermerkt die Reaktion der Versammlung: »Zustimmende Rufe«, »Beifallssturm«, »drohendes Murren«. Über den Redner Petrowski, Mitglied des Werkkomitees, der an der Provisorischen Regierung scharfe Kritik übte, wird gesagt, dass er in der Emigration unter dem Namen Nelson in der amerikanischen Arbeiterbewegung wirkte, dass er bei den Obuchower Arbeitern Autorität besitzt. Aus dem Notizbuch erfahren wir, dass auch Reed selbst und der ihn begleitende Journalist Albert Rhys Williams auf dem Meeting sprachen.

Zum Schluss sind die Rückfahrt im Auto vom Meeting über den Schlüsselburger Prospekt und die grimmigen Worte eines mit Reed fahrenden Frontsoldaten beschrieben, der wild mit den Armen fuchtelt und schreit: »Warum haben die amerikanischen Arbeiter zugelassen, dass Amerika in den Krieg eintrat und ihn in die Länge zieht? Warum erheben sie sich nicht und helfen uns, den Krieg zu beenden? Ist es etwa nicht entsetzlich, dass russische Revolutionäre umkommen, unsere Revolution im Blut erstickt, unsere Brüder aber, jene, für die wir kämpfen, keinen Finger rühren wollen?!« (...)

Einen wichtigen Platz in den russischen Notizblocks Reeds nehmen die Aufzeichnungen ein, die während seines Aufenthalts in Sowjetrussland in den Jahren 1919 bis 1920 entstanden, als er bereits Kommunist war. Sie sind nur teilweise erhalten geblieben. Besonders umfangreiche Aufzeichnungen machte Reed im Dezember 1919 bis Januar 1920 während seiner Fahrten außerhalb Moskaus. Er wollte sich mit der Praxis des sowjetischen Bauwesens außerhalb der großen Städte bekanntmachen. (...)

Seine Notizen über die Fahrt nach Serpuchow verwendete Reed in der Korrespondenz »Sowjetrussland heute«, die er an

Beobachtungen überprüfte er in Gesprächen mit Führern des Sowjetstaates, mit einfachen Sowjetbürgern, mitunter auch mit Gegnern der Sowjetmacht. (...) Er notiert Tatsachen über die Tätigkeit der von (Feliks) Dzierzynski (1877–1926, jW) geleiteten Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution (russische Abkürzung Tscheka, jW), lernt das System der Lebensmittelversorgung kennen und vermerkt besonders die Sorge der Sowjetorgane um die Gesundheit der Kinder.

Hier einige Notizen auf einem vergilbten Blatt, das von Reed kreuz und quer beschrieben wurde – anscheinend eine Gedankenstütze, die er nach einer seiner Fahrten in die Provinz auf der Rückfahrt nach Moskau zusammenstellte: »(...) Wieviel Menschen wurden von der Tscheka verurteilt und hingerichtet? Wer von den linken Sozialrevolutionären hat in der Außerordentlichen Kommission gearbeitet? Wer von den hochwürdigen Priestern hat den General Denikin aus der Kirche ausgestoßen? Begegnung mit Dzierzynski.« (...)

Die russischen Notizblocks müssen aufmerksam gelesen werden. Sie sind ein integraler Bestandteil des ideologischen und schöpferischen Erbes von John Reed.

**John Reed (1887–1920) war ein US-amerikanischer Journalist. Von August 1917 bis April 1918 hielt er sich zusammen mit seiner Frau, der Autorin und Feministin Louise Bryant (1885–1936), in Russland auf und veröffentlichte 1919 das Buch »Zehn Tage, die die Welt erschütterten« über die Oktoberrevolution. 1919 gründete er die erste kommunistische Partei der USA mit, die Kommunistische Arbeiterpartei, und wurde deren Vorsitzender. Aus ihr ging wenig später die CPUSA hervor. Reed starb bei einem weiteren Aufenthalt in Russland an Typhus.**

### CHEINUNGEN • NEUERSCHEINUNGEN • NEUERSCHEINUNGEN • NEUER

Reinhard Jellen  
**Pop-Marxismus**  
329 Seiten  
Preis € 20,00  
ISBN: 9783946946052



Werner Seppmann  
**Kapital und Arbeit**  
220 Seiten  
Preis € 17,00  
ISBN: 9783946946007



Werner Seppmann  
**Kritik des Computers**  
348 Seiten  
Preis € 16,80  
ISBN: 9783946946021



[www.mangroven-verlag.de](http://www.mangroven-verlag.de) [shop.mangroven-verlag.de](http://shop.mangroven-verlag.de)

**mangroven**  
ERLAG

Goethestraße 77 Tel.: 0561-56015552  
34119 Kassel Fax: 0561-56030196

# Kanonendonner aus Petrograd

Revolution? Die ist noch lange nicht vorbei: China ist Erbe des Roten Oktober – und assistiert dem Imperialismus beim Untergang. **Von Sebastian Carlens**

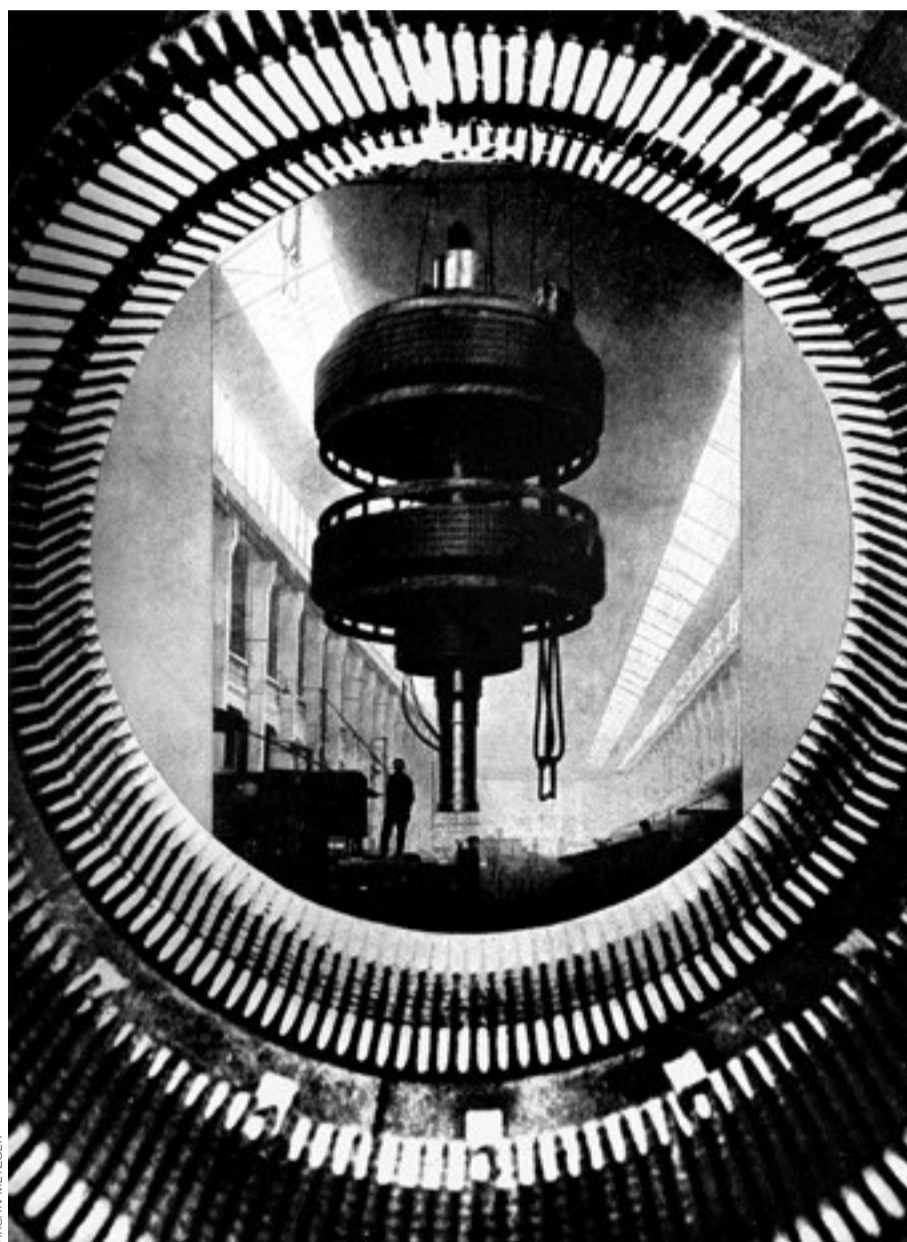
Die Deutsche Telekom setzt auf die Zukunft. Im September dieses Jahres gab der Konzern bekannt, in einem Feldversuch die Übertragungstechnik nach dem neuen Mobilfunkstandard »5G« in Berlin testen zu wollen – damit können mehr als zwei Gigabit pro Sekunde übertragen werden: »Im Wirkbetrieb, also regulär und nicht im Labor«, teilte Claudia Nemat, Vorstand für Technologie und Innovation der Telekom, mit. »Wir nutzen Huawei-5G-New-Radio-Technik.«

Das Knowhow stammt also von einem chinesischen Anbieter. Es ist dieselbe Firma, vor der ein Ausschuss des US-Kongresses 2012 warnte: Huawei könne die nationale Sicherheit der USA gefährden und Spionage betreiben, das Unternehmen sei »von der chinesischen Regierung beeinflusst«. Huawei, das sich in privatem Besitz befindet, bestreitet solche Vorwürfe. Nun also könnte der Netzwerkausrüster die Mobilfunk-Infrastruktur der deutschen Hauptstadt umkrepeln.

Das Land, dessen fortschrittliche Technik importiert wird, steht gleichzeitig wie selten zuvor im Fokus der deutschen Presse: Mitte Oktober tagte der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), und so ein Ereignis wird international immer wichtiger. Hängen doch von den Entscheidungen des höchsten Gremiums der Regierungspartei längst Wohl und Wehe vieler deutscher Mittelständler ab, die ohne chinesische Nachfrage einpacken könnten – und mehr noch: Geriete der Absatzmarkt für Pkw in China ins Stocken, bekäme selbst ein Monopol wie VW ernsthafte Schwierigkeiten. Eine harmlose Quote für mehr Elektroautos wird deshalb zum Menetekel für den deutschen Autobauer, denn er hat noch kaum solche Autos im Angebot.

Wohlgemerkt: Das Land, das mit einem neuen Gesetz die kraftvollen deutschen Monopole ins Schleudern bringen kann, steht unter der Herrschaft einer Kommunistischen Partei. »Kaum Aussichten auf Privatisierung«, greift die FAZ nach der Parteitagsrede des KPCh-Generalsekretärs Xi Jinping. »Statt dessen forderte der Parteichef, »staatliche Unternehmen groß und stark zu machen«. Es gebe sogar »Anzeichen, dass die Partei selbst in Gemeinschaftsunternehmen, an denen Volkswagen beteiligt ist, mitscheiden will«. Kurzum: Bei den deutschen Herrschaftsjournalisten »herrscht Enttäuschung«.

Man kann es ihnen nicht verdenken – das Land mit dem Absatzmarkt, der wichtig wie kein zweiter für die Stabilität der deutschen Wirtschaft ist, lässt sich nicht in seine Entscheidungen hineinreden. Der Verdacht, den die FAZ täglich in wütenden Berichten aus Beijing variert, ist folgender: Die »Rotchinesen« hauen die Kapitalisten dieser Welt mächtig über's Ohr, und ihre Waffe ist so raffiniert, dass es kein Widerstehen gibt: Profit. Eine Strategie der Eindämmung, des Embargos und des Ausblutens, wie sie gegenüber der UdSSR (letztlich erfolgreich) praktiziert wurde, ist schon aus diesem Grund gegenüber der VR China unmöglich: Zieht sich ein Land zurück, rückt ein Konkurrent nach und streicht die enormen Gewinne ein, die der chinesische Markt bietet. Es gibt kein Entkommen, die Kapitalisten »verkaufen



noch ihren Henkern die Stricke selber«, wie Wladimir Iljitsch Lenin dies seinerzeit ausgedrückt hatte.

## Hoffnung der Bolschewiki

Apropos Lenin: Der chinesische Parteichef Xi würdigte die Oktoberrevolution ausdrücklich auf dem Parteitag, der ungefähr mit dem hundertsten Jahrestag des Aufstandes zusammenfiel: »Vor einem Jahrhundert hat der Geschützdonner der Oktoberrevolution den Marxismus-Leninismus nach China gebracht«, spielte er auf ein bekanntes Zitat von Mao Zedong an. Die Kommunistische Partei Chinas, die das bevölkerungsreichste Land der Welt seit bald 70 Jahren regiert, entstand als Teil der internationalen kommunistischen Bewegung und war frühes Mitglied von Lenins »Kommunistischer Internationale«.

Dabei lag China zunächst gar nicht im Blick der siegreichen Bolschewiki, die 1917 die »Russische Föderative Sozialistische Sowjetrepublik« ausriefen. Das riesige Reich im fernen Osten, mit dem sich Russland eine lange, aber kaum besiedelte Landgrenze teilte, hatte zwar bereits eine bürgerliche Revolution erlebt, doch schien auch der offizielle Status als Siegermacht im Ersten Weltkrieg den Zerfall Chinas nicht aufzuhalten. Die ehemalige deutsche Kolonie »Tsingtau« wurde an die Japaner weitergereicht, lokale Kriegsherren machten sich selbständig, die Bevölkerung versank in Armut. Während sich die Bolschewiki mühten, ihrem damals aggressivsten Gegner, dem britischen Empire, in seinen Kolonien Ärger zu bereiten, braute sich in China eine neue Revolte zusammen:

den die ersten Institute, die sich fachkundig mit Ostasien beschäftigten, die Komintern entsandte Berater und Emissäre, die die entstehende revolutionäre »Bewegung des 4. Mai«, benannt nach den ersten Masendemonstrationen gegen den Versailler Vertrag in Beijing 1919, unterstützen sollten. Die junge Sowjetregierung hatte alle Geheimverträge annulliert, die zur Ausplünderung Chinas ausbaldowert worden waren. Mit den russischen Bolschewiki schien ein Bündnis auf Augenhöhe möglich. Junge, fortschrittliche Chinesen erkannten in der siegreichen Oktoberrevolution ein Vorbild für ihr Land, der spätere Mitbegründer der KPCh, Li Dazhao, propagierte schon Mitte 1918 den »internationalistischen Charakter« der russischen Revolution. Es war also, mit Maos und Xis Worten, der Rote Oktober, der dem chinesischen Volk einen Ausweg aus Niedergang und Zerstückelung des Landes bot. China sollte neben Deutschland die größte Hoffnung der russischen Bolschewiki auf einen erfolgreichen Umsturz darstellen – und in diesem Falle war die Einschätzung realistisch.

## Partei neuen Typus

Die KP Chinas bildete einen Sonderfall der Sektionsbildung in der frühen Komintern. Die 1921 von gerade einmal 13 Delegierten, die rund 50 Mitglieder repräsentierten, gegründete Partei ging nicht, wie beinahe alle europäischen kommunistischen Gruppen, aus älteren sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien hervor, auch war sie keine Abspaltung einer nationalrevolutionären Strömung, die sich radikalisiert oder der sozialen Frage zugewandt hatte. Diese Partei war für die Verhältnisse des Reiches der Mitte etwas ganz Neues: Eine Kaderpartei par excellence, von einer kleinen Gruppe entschlossener Revolutionäre planvoll gegründet und aufgebaut.

■ Fortsetzung auf Seite 8

ANZEIGE

## SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten **Berichten und Analysen** zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

### In der November-Ausgabe:

#### ■ Oktober 1917 – was bleibt?

Christoph Jünke: Oktober – nicht mehr der Prüfstein der Politik, aber immer noch eine Gretchenfrage

Catherine Samary: Warum die Selbstverwaltung in Russland gescheitert ist

David Mandel: Die Bolschewiki – Partei einer Klasse, die sich verflüchtigt

Manuel Kellner: Die Verstaatlichung der Revolution

#### ■ Hände weg von Katalonien

Dürfen die Katalanen aus dem Spanischen Staat austreten?

Strategische Probleme der Demokratiebewegung

#### ■ Das Referendum in Kurdistan

#### ■ Nachlese zur Bundestagswahl

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln

(02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

**Sebastian Carlens ist Redakteur der jungen Welt. Zu seinen Interessenschwerpunkten gehört die chinesische Revolution.**

ANZEIGEN

## Die Oktoberrevolution ist lebendig!



**Lenin**  
**Staat und Revolution**  
Diese Schrift verfasste Lenin im August/September 1917. Sie untersucht das Wesen des bürgerlichen Staats, die Diktatur des Proletariats und das Absterben des Staats im Kommunismus. Die Haltung zum Staat ist eine Grundsatzfrage zwischen Opportunismus und Marxismus-Leninismus.  
192 Seiten | 9,00 Euro | 978-3-88021-465-1  
eBook | 6,99 Euro | 978-3-88021-466-8

Nikolai Ostrowski

### Wie der Stahl gehärtet wurde

Ein Roman über das Leben des Pawel Kortschagin, dessen Leben von der Oktoberrevolution 1917 und dem Bürgerkrieg in Russland bestimmt wird und dessen nie nachlassende Hoffnung und sein unzerstörbares Vertrauen in die Zukunft die Quelle übermenschlicher Disziplin und Kraft sind. Nach wie vor – damals wie heute – ist das Schicksal des jungen Revolutionärs bewegend und in seiner Authentizität ein lebendiges Dokument eines weltbewegenden historischen Vorgangs.

421 Seiten | 14,90 Euro | 978-3-88021-433-0  
eBook | 10,99 Euro | 978-3-88021-434-7



**Stefan Engel**  
**Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution**  
Die Neuorganisation der internationalen Produktion des imperialistischen Weltsystems stellt die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten vor neue Herausforderungen und erfordert, Schlussfolgerungen für den Kampf um den Sozialismus zu ziehen.  
620 Seiten | Hardcover | 28,00 Euro | 978-3-88021-380-7  
620 Seiten | Softcover | 14,80 Euro | 978-3-88021-391-3  
eBook | 11,99 Euro | 978-3-88021-418-7

### Weitere Schriften in unserem Programm

• fortschrittliche  
• antifaschistische  
• internationalistische  
• marxistisch-leninistische  
Literatur und Medien



**Verlag und Vertrieb:**  
Verlag Neuer Weg  
Alte Bottroper Str. 42  
45356 Essen  
Tel.: 0201 25915  
Fax: 0201 6144462  
verlag@neuerweg.de  
www.neuerweg.de

**Gegen die Kriegspläne des Imperialismus, gegen den Hungerkurs des Kapitalismus, gegen den Terror des Faschismus gibt es nur einen Weg für das Proletariat: den Weg, den die Oktoberrevolution der russischen Arbeiter und Bauern uns gewiesen hat.**

Ernst Thälmann, 7. November 1930



Revolutionärer Freundschaftsbund (RFB)  
www.rfb-online.org, rfb.hommel@arcor.de

Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“  
e.V. Ziegenhals & Aktionsbündnis Thälmann-Denkmal Berlin  
www.etg-ziegenhals.de, vorstand@etg-ziegenhals.de

**Werde Mitglied!**

## RotFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND



Im **Oktoberheft** (+ Beilage „Im Zeichen des roten Sterns“) und in der **Novemberausgabe** Beiträge zur Oktoberrevolution u. a. von

K. Farner, H. H. Holz, A. Latzo, G. Dieckmann, K. Laser, H. Schneider, ein Gespräch mit Horst Sindermann von 1962, wiederentdeckte russische Notizblocks von John Reed, Gedichte von B. Brecht, W. Majakowski, J. R. Becher, P. Hacks, H. Kahlau und M. Zimmering

**Nur was man kennt, kann man beurteilen:  
Bestellt noch heute ein Schnupperexemplar!**

→ **Konstantin Brandt**  
Glanzstraße 6, 12437 Berlin  
Tel.: 030 / 53 027 664  
e-mail: vertrieb@rotfuchs.net

**Internet**  
[www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

### ■ Fortsetzung von Seite 7

Tatsächlich sollte sich die KPCh als fähig und zäh genug erweisen, ihr riesiges Land in nicht einmal dreißig Jahren fast komplett zu erobern. Dies geschah mit Hilfe der Komintern, aber oft auch ausdrücklich gegen ihre Direktiven – die Lage in China war, unabhängig von den Geschehnissen in Russland, reif für den Umsturz, und eine Kapitalisierung des chinesischen Marktes war unwiderruflich im Gange. Damit trat die industrielle Arbeiterklasse auf den Plan, die im Bündnis mit der Bauernschaft zum Akteur einer kommenden sozialen Revolution werden sollte. Nach Gründung der Volksrepublik war es die Sowjetunion, die das Land 1949 als erste diplomatisch anerkannte, einen militärischen Beistandspakt schloss und bei der Umsetzung der ersten chinesischen Fünfjahrespläne half. Auch der spätere Bruch zwischen den befreundeten Staaten und Parteien, der sich ab den 50er Jahren abzeichnete, ist in seiner Schärfe nur durch die vormalige Nähe zueinander zu erklären. Der Untergang der UdSSR wurde von der chinesischen Führung dennoch als schwerer Schlag eingestuft. 1989/90 verschwand das Land, das alleine durch seine Präsenz den schlimmsten militärischen Abenteuern der Imperialisten hatte Einhalt gebieten können.

### Fehleranalyse

Dass die UdSSR dem Untergang geweiht ist, wurde durch die KPCh bereits Ende der 70er Jahre intern analysiert. Fortan ging es darum, die Fehler der sowjetischen Genossen nicht zu wiederholen: sich nach Möglichkeit nicht auf ein Wettrüsten, in dem der Kapitalismus stets den längeren Atem hat (ihm nutzen Kapitalvernichtung und Staatskonsumption, einer Planwirtschaft hingegen schadet ein unproduktiver Rüstungssektor), einzulassen. Ausreichend Entwicklungskapazitäten zu schaffen, um sich technologisch an die Spitze der Entwicklung stellen zu können. Und: keine politischen Experimente wie »Glasnost« und »Perestroika«, die von den Chinesen klar als antileninistisch erkannt und abgelehnt wurden. 1989 war China objektiv wieder alleine.

Die chinesische Führung hat darauf spezifisch reagiert – ein sicheres Indiz dafür, dass diese Partei ihr historisches Mandat noch lange nicht verloren hat und neue Herausforderungen flexibel handhaben kann, was der KPdSU schließlich nicht mehr gelingen sollte. Mit einer Art (deutlich) ausgeweiteten »neuen ökonomischen Politik« konnte ausländisches Kapital angelockt werden, eine begrenzte Marktliberalisierung wälzte die unterentwickelten ländlichen Gebiete des Riesenreiches um. Die Partei behielt allerdings die politische Kontrolle, an ihrer führenden Rolle wie am (nach wie vor bedeutenderen) Sektor des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums wurde nicht gerüttelt. China ist es gelungen, eine Art Akkumulationszyklus unter Zuhilfenahme von Marktmechanismen umzusetzen. Bis zum Jahr 2050 soll diese Phase des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus« abgeschlossen sein. Es dürfte mehr als Zufall sein, dass auch die meisten der mit kapitalistischen Monopolen abgeschlossenen »Joint Venture«-Verträge um diesen Zeitraum herum auslaufen werden. Ein Ausverkauf des Landes stand für die KPCh schließlich niemals zur Debatte.

»Die Propagandastrategen der KP nutzen die Krisen in den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern, die unter politischem Populismus und der Bedrohung durch den Terrorismus leiden«, bilanziert die bereits zitierte FAZ die erfolgreiche Außenpolitik und -wirtschaft der VR China, die seit einigen Jahren – wie beim Beispiel des Berliner Handynetzes – auch in die entwickelten kapitalistischen Metropolen selbst vorzudringen vermag. Dies

blieb ihr lange verschlossen, und noch immer versuchen westliche Regierungen, das von ihnen verbal gelobte Konzept des Freihandels immer dort auszusetzen, wo sie eigenes Herrschaftswissen bedroht sehen: Die Schlacht um die Übernahme des deutschen Maschinenbauers Kuka durch den chinesischen Gerätehersteller Midea hatte 2016 bis zu einer Intervention der Bundesregierung geführt, die an die deutschen Kapitalisten appellierte, doch bitte selbst einzusteigen, um einen Ausverkauf der von Kuka produzierten Robotertechnik zu verhindern. Ohne Erfolg: Die Chinesen boten 4,6 Milliarden Euro beziehungsweise 115 Euro je Aktie, das waren 35 Prozent mehr als der letzte notierte Kurs. Mittlerweile hält Midea 95 Prozent der Kuka-Aktien. Es war ein Angebot, das man nicht ausschlagen konnte.

### Westliche Schwächen

Die Schwäche des Westens, die die FAZ diagnostiziert, resultiert paradoxerweise unmittelbar aus dem Sieg, den das Kapital 1989/90 davontragen konnte. Der Triumph der Marktwirtschaft hat den Kapitalismus in eine seiner schlimmsten Krisen überhaupt geführt, und ein Ende ist nicht in Sicht. Der ehemalige westliche Hegemon, die USA, räumt mittlerweile ganze Kontinentalmärkte. Es ist absehbar, wer in die Lücke stoßen wird, die durch aufgekündigte Freihandelsabkommen mit asiatischen Staaten entstehen: China. Das deutsche Kapital, das sich die EU untertan gemacht hat, konnte zwar die Folgen einer seit zehn Jahren ungelösten Überproduktionskrise bislang weitgehend von der BRD fernhalten, aber um den Preis des Ruins Europas. Noch nennt niemand die Vorgänge beim Namen, beispielsweise die längst verstetigte Außerkräftsetzung des Schengen-Abkommens für inner-europäische Freizügigkeit: Doch auch der deutsche Machtblock driftet auseinander. Das westliche Kapital ist eben nicht länger alternativlos. Es genügt, wie im Falle der Türkei, mit einer Abkehr von Europa und einer Hinwendung nach Russland und China zu liebäugeln (so unwahrscheinlich dies auch ist), um Berlin in helle Aufregung zu versetzen.

Die KP Chinas benötigt keine »Propagandastrategen«, um diese Schwächesymptome des Westens auszunutzen. Mehr noch: Der rapide Verfall des westlichen Bündnis- und Wirtschaftssystems, wie er unter einem US-Präsidenten Donald Trump plastisch zum Ausdruck kommt, dürfte momentan gar nicht unmittelbar in chinesischem Interesse liegen – das Land könnte vor der Zeit in eine internationale Rolle gedrängt werden, die die Kräfte seiner Volkswirtschaft noch über Gebühr herausfordern. Doch die Wahl liegt nicht bei China, wie auch der Schwindelanfall des Kapitalismus nicht von den Chinesen verursacht wurde (objektiv hat die VR China diese Krise sogar hinausgezögert: Ohne den Aufkauf von US-Anleihen in großem Stil wäre es vermutlich viel früher als 2008 zu einem Kollaps der US-Börsen gekommen; wenn China nicht der bedeutendste Absatzmarkt für VW wäre, hätte es der Konzern niemals zum größten Autobauer der Welt gebracht). Die Krisen sind Ausdruck objektiver Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus.

Dies freilich erkennt die KP Chinas gründlicher als die Wasserträger der »westlichen Werte«, denn sie ist niemals vom historischen Materialismus abgerückt. Der Westen darf staunen: So rühmt sich das »Mercator-Institut« damit, 2016 eine »Umfrage« unter chinesischen Internetnutzern durchgeführt zu haben – zur Evaluation dieser Daten schweigt der Thinktank lieber. Doch das Ergebnis bringt ihn trotzdem ins Grübeln. Denn »überwiegend positiv« war das Bild von Europa (92 Prozent) und von den Vereinigten Staaten (78 Prozent) unter den befragten Chinesen gewesen, »75 Prozent

der Befragten gaben sogar an, die »Verbreitung westlicher Werte« zu befürworten«, ohne damit allerdings den westlichen Parlamentarismus zu meinen, konstatieren die Thinktank-Leute. Die Chinesen verstehen unter diesen Werten eben auch Aufklärung, Wissenschaftlichkeit und Humanismus, also die frühen bürgerlichen Wurzeln, die der Imperialismus sich selbst längst abgeschlagen hat.

Steht die Welt heute wieder vor einer Situation wie vor dem Ersten Weltkrieg, in der sich die Großmächte belauern, auf eine Chance zur Umverteilung der Beute warten und sich dafür hochrüsten? Also vor einer Situation, in der es weder »gut« noch »böse« gibt, sondern nur sattgefressene und hungrige Räuber – und damit möglicherweise auch vor einem großen Krieg? Das war die Lage, in der Lenin seine Partei zur Revolution trieb: Die alten Mächte konnten nicht mehr, die neuen noch nicht.

Einiges spricht für diese Annahme einer neuen »Vorkriegs-«: Der posthegemoniale Niedergang der USA, das Wiedererstarken des deutschen Kapitals, die militärische Einkreisung Russlands. Und doch ist die Welt nach 1989 nicht wieder wie vor 1917: Auch der Untergang der UdSSR konnte nicht verhindern, dass der Rote Oktober einen Ausweg aus dem imperialistischen Irrwitz aufgezeigt hat – diese Tür ist nicht mehr zu schließen. Die Existenz der Volksrepublik China ist Zeugnis der epochalen Erschütterung dieser – schon 1917 dem Charakter nach internationalen – Revolution. Ihr Vorhandensein setzt dem Imperialismus Grenzen, bietet bedrängten Staaten eine Atempause und könnte, weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Prosperität vorausgesetzt, zum Vorbild für abhängige Länder, möglicherweise gar bis in die Metropolen selbst werden.

Der Westen hat keine Antwort auf irgendeine Frage der Zukunft. Sein parlamentarisches Herrschaftsmodell hat sich überlebt, mit der offenen Diktatur wird bereits experimentiert. Die Bevölkerung der hochentwickelten Länder, selbst seiner Metropolen in Europa oder den USA, ist nirgendwo vor Armut und Elend gefeit. Die imperialistische Wirtschaftsordnung muss sich in die Konfrontation, in neue militärische Vabanquespiele gegen seine Konkurrenten stürzen, und – spätestens – darauf wird auch im 21. Jahrhundert der Oktober, eine Epoche revolutionärer Umwälzungen folgen. Diesmal aber könnte es leichter werden als 1917. Denn das Neue China ist bereits jetzt Entäußerung dieser anderen, gleichwohl möglichen Welt.

ANZEIGE

## Neu bei ISP



Christoph Jünke (Hrsg.)

### Marxistische Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert

Eine Anthologie  
616 Seiten, Hardcover, 24,80 Euro  
ISBN 978-3-89900-150-1

**Neuer ISP Verlag GmbH**

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

[neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

[www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)



# Leninistische Staatskapitalisten

Praxis der Möglichkeit statt utopische Reserve. Wie man Lenin lesen sollte und wie lieber nicht.

Von **Vladimiro Giacché**

**En économie il y a deux solutions.**

**Ou vous êtes léniniste.**

**Ou vous ne changez rien.**

**François Mitterrand<sup>1</sup>**

In der harten politischen Auseinandersetzung, die bald nach Lenins Tod innerhalb der KPdSU begann, geriet auch das Denken des Revolutionärs zu einem Streitthema. »Der politische Kampf war auch ein Kampf um eine bestimmte Interpretation Lenins«,<sup>2</sup> bei dem die verschiedenen Kontrahenten versuchten, sich glaubhaft als die Vertreter des wahren Denkens Lenins zu bestätigen. Auf spezifische Weise wurde etwa Lenins Artikel »Über das Genossenschaftswesen« zwecks Unterstützung der von Stalin und Bucharin ausgearbeiteten Theorie vom »Sozialismus in einem Land« ausgelegt. Die entsprechende, von Stalin verfolgte Politik gegenüber den Bauern unterschied sich deutlich von jener, die Lenin in der Zeit der »Neuen Ökonomischen Politik« (NÖP) befürwortete, spiegelt aber eine distinkte Interpretation der Texte Lenins wider, in denen letzterer sich entschieden für das Bündnis mit den armen Bauern ausgesprochen hatte.<sup>3</sup> Andererseits sorgte der Umstand, dass die Schriften Lenins »als Kriterium der Wahrheit«<sup>4</sup> in Ansehen standen, dafür, dass sie während der gesamten Stalin-Zeit in und außerhalb der Sowjetunion in hoher Auflage zirkulierten.<sup>5</sup> Dies gestattete den Anhängern von ökonomischen Reformen in der UdSSR und in den osteuropäischen Ländern seit Ende der 50er und während der gesamten 60er Jahre, in Lenins Schriften aus der Zeit der NÖP eine theoretische Stütze zu finden, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, die Wirtschaftsplanung mit dem Fortbestand der Marktbeziehungen und der relativen Autonomie der Betriebe in Einklang zu bringen. Der Pole Włodzimierz Brus sah mit Lenin bestätigt, »dass die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehung auf dem Feld der NÖP sich nicht auf das Stadt-Land-Verhältnis beschränken konnte, sondern ebenfalls den sozialistischen Sektor umfassen musste«. Und allgemeiner noch sah er in den Schriften Lenins aus der Periode zwischen 1921 und 1922 »einen wichtigen Schritt vorwärts in der Art und Weise, das Verhältnis von Plan und Markt sowie die Funktion der Ware-Geld-Beziehung zu bestimmen«.<sup>6</sup>

Die Ausnutzung der Marktbeziehungen, die Wirtschaftsrechnung und die materiellen Interessen der Betriebe waren die entscheidenden Aspekte, die der Ökonom Ota Sik, einer der Protagonisten des »Prager Frühlings«, im ökonomischen Denken Lenins zu erkennen glaubte. »Vor dem Hintergrund der anfänglichen Erfahrungen des Sowjetstaates erkannte Lenin sehr gut, dass die Ware-Geld-Beziehungen auszunutzen waren. Er unterstrich die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Kalkulation für die Betriebe nicht einfach als simple buchhalterische Registrierung von Daten, sondern verknüpfte sie untrennbar mit deren materiellem Interesse.«<sup>7</sup> Auch der sowjetische Ökonom Wiktor Nowoschilow führte im gleichen Jahr einige Schlüsselideen Lenins an und stellte dabei das Prinzip der Wirtschaftsrechnung ins Zentrum: »Schon Lenin sagte: 1) dass jede wirtschaftliche Unternehmung auf dem individuellen Interesse gründen müsse; 2) dass die Wirtschaftsrechnung unweigerlich zur maßgeblichen,



ARCHIVNETZGER

wenn nicht zur einzigen Methode der Wirtschaftsführung geworden sei; 3) dass die Trusts und die einzelnen Betriebe auf der Wirtschaftsrechnung basieren müssen und daher für die eigenen Rentabilität verantwortlich seien.«<sup>8</sup> Und schließlich wurden die ab 1963 eingeleiteten Wirtschaftsreformen in der DDR als eine »konsequente Anwendung« der von Lenin fixierten »Grundsätze der sozialistischen Wirtschaftsführung« ausgewiesen: Diesem Thema hatte Walter Ulbricht, damals Staatsratschef und Generalsekretär der SED, einen am 9. Januar 1964 in der *Prawda* veröffentlichten Artikel gewidmet.<sup>9</sup> Aus Anlass des 100. Geburtstags Lenins gab der Dietz-Verlag in Berlin 1970 eine Aufsatzsammlung über die »Die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaftsführung in den Werken Lenins und ihre aktuelle Bedeutung« heraus, zu dem wichtige Ökonomen und Juristen der DDR Beiträge lieferten. Dabei handelt es sich um ein bedeutsames Werk, in dem sich eine eingehende Exegese der Schriften Lenins mit der Darstellung der Charakteristika und Ziele des von Ulbricht auf den Weg gebrachten »Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung« verschränkte.<sup>10</sup>

Weder in der UdSSR noch in den anderen Ländern Osteuropas konnten sich die ökonomischen Reformen behaupten. Die Folge war eine Periode nachhaltiger Stagnation. Der letzte Versuch, diesen Kurs zu ändern, war jener Michail Gorbatschows, der erkannte zu haben glaubte, dass die vordringliche Aufgabe die Demokratisierung des Systems sei, was indes zu einer gravierenden ökonomischen Krise und letztlich zum Ende der UdSSR führte. Der Untergang der UdSSR brachte es zugleich mit sich, dass

Lenin seitdem von der Geschichtsschreibung als schillernde Figur irgendwo zwischen einem Fanatiker und einem östlichen Despoten angesiedelt wurde. Vor dem politischen und kulturellen Hintergrund, dass die USA aus dem Kalten Krieg siegreich hervorgingen und dieser Sieg zum »Ende der Geschichte« verklärt worden ist, wäre es im übrigen vermessen, ausgewogenere Urteile zu erwarten. Hatte noch Anfang der 80er Jahre der französische Präsident François Mitterrand seinen Mitarbeitern anvertrauen können, dass es, um irgend etwas in der Ökonomie zu verändern, darauf ankam-

me, »Leninist« zu sein, begann der slowenische Philosoph Slavoj Žižek 20 Jahre später sein Buch über Lenin so: »Natürlich wäre die erste Reaktion auf die Idee, zu Lenin zurückzukehren, sarkastisches Gelächter.« Žižeks Vorschlag, den russischen Revolutionär aus der unschönen Rolle, Quelle von Gelächter zu sein, zu befreien, um aus ihm eine utopische Reserve zu machen, hätte indes Lenin sicherlich nicht gefallen. »Lenin zu repetieren will nicht heißen, zu Lenin zurückzukehren: Lenin zu repetieren bedeutet zu akzeptieren, »Lenin ist tot«, bedeutet zu akzeptieren, dass der spezifische Lösungsweg, den er gewiesen hat, auf gar monströse Weise gescheitert ist, dass aber darinnen eine utopische Glut steckt, die am Glimmen zu halten sich lohnt.«<sup>11</sup>

Vom Archetyp der Möglichkeit, Änderungen in der Ökonomie zu erringen, hin zur utopischen Reserve: ein einzigartiges Schicksal für einen der größten Protagonisten des 20. Jahrhunderts. Aber ist dies wirklich das historische Schicksal Lenins? Mehrere Gründe veranlassen dazu, diese Frage mit Nein zu beantworten. Der erste besteht im 1978 in China begonnenen Übergang von einer vollständig verstaatlichten und geplanten Wirtschaft hin zu einer solchen, in der ein breiter und wachsender privater Wirtschaftssektor existiert, dabei aber die Macht der strategischen Ausrichtung in der Hand des Staates verbleibt – auch dank eines staatlichen Wirtschaftssektors, der zahlreiche Industrie- und Dienstleistungsgiganten umfasst. Diese neuartige Kombination von Plan und Markt ist nicht weniger verblüffend als Lenins Übergang zur NÖP. Und tatsächlich sind auch die Reaktionen ähnlich denen der Zeitgenossen Lenins. Es handele sich dabei schlichtweg um eine Rückkehr zum Kapitalismus. Die chinesische Führung ihrerseits spricht vom »Sozialismus chinesischer Prägung« oder auch von der »sozialistischen Marktwirtschaft«. Andere bevorzugen den Terminus »Staatskapitalismus«. Damit wären wir zu Lenin zurückgekehrt. Und in der Tat war die einzige Abbildung Lenins auf dem Titelblatt einer Zeitschrift mit weiter Verbreitung denn auch mit diesem Thema verknüpft:

■ Fortsetzung auf Seite 10

**Vladimiro Giacché ist Wirtschaftswissenschaftler und Finanzfachmann. Er lebt und arbeitet in Rom. 2014 erschien von ihm auf Deutsch im Laika-Verlag »Anschluss: Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas«.**

**Der Text in dieser Beilage ist ein Auszug aus der Einleitung Vladimiro Giacchés zu dem von ihm herausgegebenen Band »Lenin: Economia della rivoluzione« (Il Saggiatore, Milano 2017, 521 Seiten, 29 Euro). Das Buch enthält eine Auswahl von Äußerungen Lenins zur Ökonomie des Sozialismus im revolutionären Russland.**

**Übersetzung aus dem Italienischen: Daniel Bratanovic**

ANZEIGE

## Der Zukunft wegen

Gemeinsame wissenschaftliche Konferenz zu Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

**Programm:**

- Die Oktoberrevolution als Schritt in eine neue Epoche
- Voraussetzungen für den Sieg der Revolution 1917
- Ursachen und Bedingungen des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus und des Sieges im II. Weltkrieg
- Ursachen und Bedingungen der historischen Niederlage 1989/90

**Referenten/innen:**

Alla Gigova, Jürgen Geppert, Gregor Hollender, Gerd Hommel, Michael Kubi, Torsten Schöwitz, Werner Seppmann.

**Außerdem:** Grußworte u. a. aus Bulgarien, England, Österreich, Polen, Diskussionsmöglichkeit, passende Lieder mit Ernesto Schwarz.

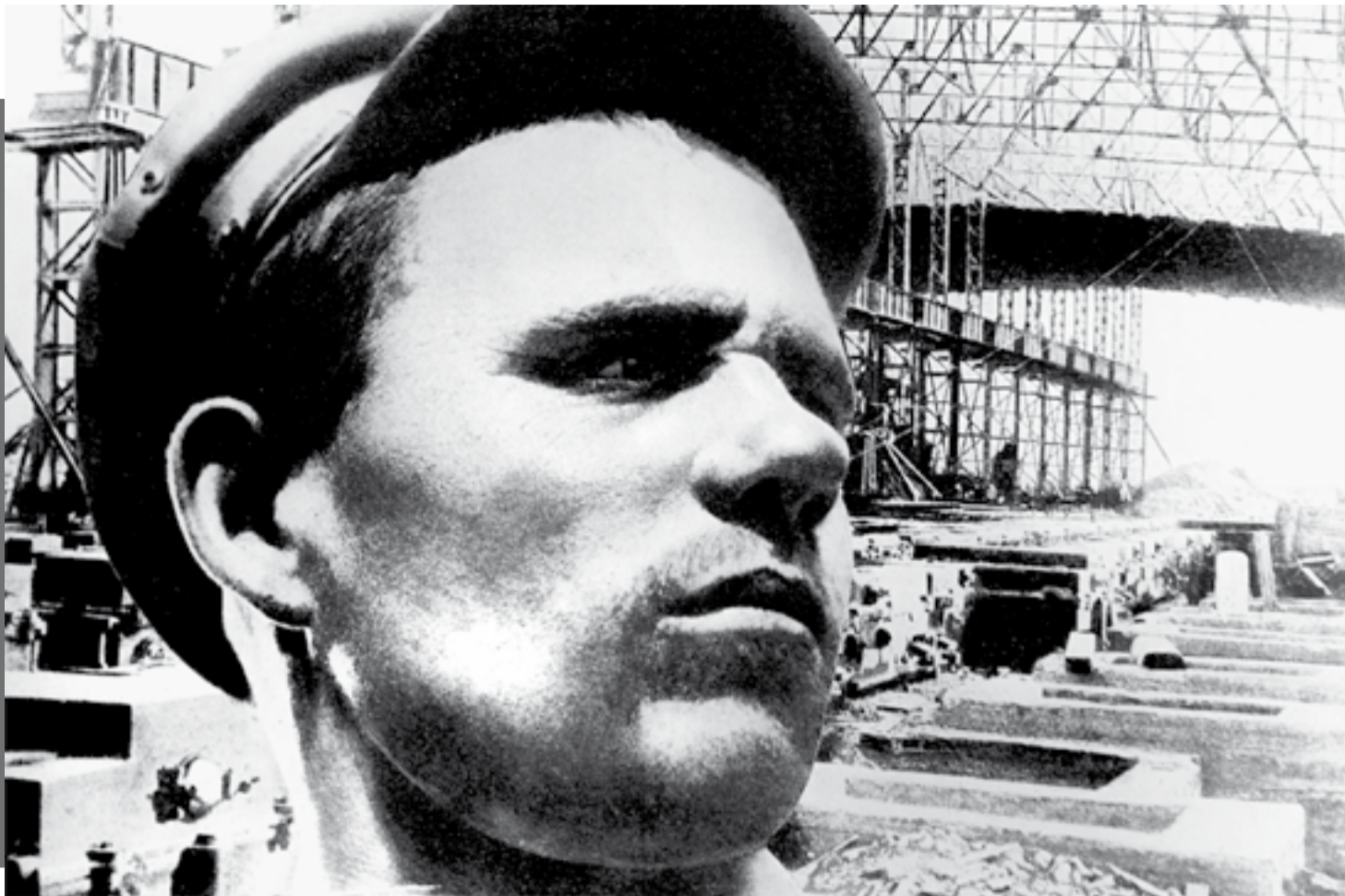
**Veranstalter:**

KPD, GRH, RFB, offen-siv, KAD und Deutscher Freidenkerverband

**Gaststätte „Drogenmühle“, Dresdner Str. 26 in Heidenau bei Dresden  
Sonnabend, 4. November 2017, 11.00–18.00 Uhr  
3 € Stuhlgeld, 10 € für Mittagessen und ein Getränk**

**Bitte unbedingt anmelden!**

Red. offen-siv, F. Flegel, Tel: 0 55 72/9 99 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com



ARCHIV METZGER

■ Fortsetzung von Seite 9

»Der Aufstieg des Staatskapitalismus. Das neue Modell der Schwellenländer«. So lautete der Titel des *Economist* vom 21. Januar 2012. Abgebildet war ein Lenin mit Zigarre in der Hand, was ihn unverkennbar als Kapitalisten ausweist.<sup>12</sup> Die Texte der Beilage, die unter dem Titel »Die sichtbare Hand« dieses Thema behandeln, werden eingeleitet von einem Artikel von Adrian Wooldridge, in dem dieser für das 20. Jahrhundert die Abfolge zweier großer Phasen beschreibt: zwischen 1900 und 1970 die Phase, in welcher der Einfluss des Staates auf die Ökonomie wächst, und von 1970 bis 2000 jene der Rückkehr der Anhänger des

freien Marktes. Mit der Krise, deren Symbol der Fall von Lehman Brothers im Jahr 2008 ist, hat diese zweite Phase einen jähen Schlag verpasst bekommen. »Die Krise des liberalen Kapitalismus verschärfte sich noch einmal durch den Aufstieg einer mächtigen Alternative: des Staatskapitalismus, der versucht die Fähigkeiten des Staates mit den Möglichkeiten des Kapitalismus zu verbinden. Wer dabei als Sieger hervorgeht und ob das Wirtschaftswachstum angekurbelt wird, hängt von der Regierung ab. Die jedoch bedient sich kapitalistischer Instrumente wie der Notierung der Staatsbetriebe auf den Aktienmärkten und begrüßt die Globalisierung.« Die Beilage des *Economist*, verständlicherweise eine Kritik an dem, was dort als »Staatskapitalismus« definiert wird, hält letzteren jedenfalls für »den gewaltigsten Feind, dem der liberale Kapitalismus bisher gegenüberstand. Die Staatskapitalisten liegen falsch, wenn sie behaupten, sie kombinierten das Beste aus zwei Welten, aber sie haben gelernt, wie die Fallstricke früheren staatsfinanzierten Wachstums zu umgehen sind.«<sup>13</sup> Es sei dahingestellt, was von den Definitionen und Urteilen des *Economist* zu halten ist, eine Sache ist jedoch sicher: Der »Staatskapitalismus« ist alles andere als ein Fall für die historischen Archive.

Der zweite Grund hat ebenfalls mit der Krise von 2008 und mit ihren Konsequenzen zu tun. Die Krise hat nicht nur das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes erschüttert und damit die praktischen Folgen der »Anarchie der Produktion« (eines der theoretischen Leitmotive im Marxismus Lenins) vor Augen geführt, sondern auch die Unmöglichkeit unterstrichen, einen Ausweg bloß mit Hilfe des Marktes zu finden. Der Krise wurde in keinem Teil der Welt mit den Instrumenten des Marktes, wie sie der *Economist* als typisch für den »liberalen Kapitalismus« definiert, zu Leibe gerückt. Es waren im Gegenteil mobilisierte öffentliche Mittel in einem bis dato unbekanntem Umfang, mit denen Banken, Versicherungen und ganze Industriebranchen gerettet wurden. Diese gigantischen Maßnahmen zur »Sozialisierung der Verluste« wurden jedoch unter den sozialen Klassen, recht euphemistisch gesprochen, sehr ungleich verteilt. Auch in diesem Sinne gab es folglich ein Revival des »Staatskapitalismus«: allerdings in seiner klassischen Bedeutung als »Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der das Kapital die Macht hat« und zum »Nutzen der Bourgeoisie« ausübt.<sup>14</sup> Das sollte dazu veranlassen, Lenins Insistieren auf das Problem der Macht und auch seine Taxonomie der Formen des »Staatskapitalismus« verstärkt in den Blick zu rücken.

Der dritte Grund, warum davon abzuraten ist, Lenin in die Utopie zu verbannen,

hat direkt etwas mit der Theorietradition des Marxismus zu tun. Lenins politische Praxis war fest verankert in den Theorien von Marx und Engels und auch in der Lage, sich deren revolutionäre Bedeutung wieder anzueignen, indem sie mit dem historischen Determinismus der Zweiten Internationale brach. Aber genau diese Konsequenz der Regierungspraxis in den Jahren der Revolution hinsichtlich des marxistischen Denkens führte Lenin zur Feststellung unvermeidlicher Leerstellen und Grenzen der Theorie gegenüber jener neuen gesellschaftlichen Realität (»Es gibt kein einziges Buch, wo über den Staatskapitalismus geschrieben wäre, der unter dem Kommunismus vorkommt«<sup>15</sup>). Dieses Umstands aber war sich Lenin womöglich nicht vollständig bewusst, zumindest scheint das Problem aus seinen Schriften verbannt, und die Realisierung dessen, was gemäß den Konzeptionen der Klassiker hervorgehen sollte, wurde in eine einigermaßen unbestimmte Zukunft verschoben, weil es der realen Entwicklung nicht entsprach. Aber ob bewusst oder nicht – sein Werk endet damit, die Bruchstellen der Theorie zu prüfen, jene Aspekte, die verlangten, »über die Bücher hinauszugehen«. Selbstverständlich lässt sich auch der entgegengesetzte Weg beschreiten, und man mag der Realität vorwerfen, dass sie sich gegenüber der Theorie unangemessen verhalte. Dieser Weg ist in der Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert von all jenen eingeschlagen worden, welche die

UdSSR und die anderen »Übergangsgesellschaften« wegen der Fortexistenz von Ware und Geld schlichtweg mit kapitalistischen Gesellschaften gleichgesetzt haben. Der zu entrichtende Preis für diesen theoretischen Purismus war ziemlich hoch: das Wiederaufleben eines utopischen Kommunismus, der an solch unwahrscheinliche Bedingungen geknüpft und durch ebensolche Merkmale gekennzeichnet ist, dass er zu einem rein metaphysischen und fantastischen Ziel gerät. Mehr als jemals zuvor scheint es opportun, solchen Ansätzen die Verfahrensweise Lenins gegenüberzustellen, die theoriebasiert ist, ohne dabei die konkrete Realität aus den Augen zu verlieren.

Anmerkungen

- 1 »In der Wirtschaft gibt es zwei Lösungen. Entweder ihr seid Leninisten. Oder ihr ändert gar nichts.« Zit. nach F. Came: Sa vision de l'économie: entre laisser-faire et révolution, le vide, in: *Libération*, 9. Januar 1996
- 2 Luciano Gruppi: *Il pensiero di Lenin*, Editori Riuniti, Roma 1970, S. 343
- 3 Vgl. etwa Stalins Schriften »Über die drei Grundlosungen in der Bauernfrage« (1927), »Über die Losung der Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft in der Periode der Vorbereitung des Oktober« (1927) und »Lenin und die Frage des Bündnisses mit dem Mittelbauern« (1928), in Stalins Werke Bd. 9 und Bd. 11
- 4 Gruppi, a. a. O., S. 346
- 5 Weitverbreitete Ausgaben in den 30er Jahren waren die *Gesammelten Werke* in 12 Bänden, in viele Sprachen übersetzt. Band 9 enthielt die wichtigsten Schriften der NÖP-Phase; vgl.: W. I. Lenin: *Ausgewählte Werke*, Bd. 9. Die neue ökonomische Politik und der sozialistische Aufbau, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau/Leningrad 1935
- 6 Wlodzimierz Brus: *Il funzionamento dell'economia socialista*, S. 31f
- 7 Ota Sik: *Piano e mercato nel socialismo* (1967), Editori Riuniti, Roma 1969, S. 41
- 8 Wiktor W. Nowoschilow: *Una nuova fase della gestione socialista dell'economia* (1968), in: *La riforma economica nell'Urss*, Editori Riuniti, Roma 1969, S. 3
- 9 W. Ulbricht: *Die Anwendung der Leninschen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung in der DDR*, in: ders.: *Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung*, Dietz-Verlag, Berlin 1966, S. 377–388
- 10 Die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaftsführung in den Werken Lenins und ihre aktuelle Bedeutung. Beiträge anlässlich des 100. Geburtstages W. I. Lenins, Dietz, Berlin 1970
- 11 Slavoj Žižek: *Tredici volte Lenin. Per sovvertire il fallimento del presente* (2002), Feltrinelli, Milano 2003, S. 7
- 12 »The Rise of State Capitalism. The Emerging World's New Model«, in: *The Economist*, 21. Januar 2012
- 13 Adrian Wooldridge: *The Visible Hand*, in: *The Economist – Special Report*, 21. Januar 2012, S. 3 f
- 14 Lenin, Werke, Bd. 32, S. 514
- 15 Ders., Werke, Bd. 33, S. 264

ANZEIGE

# ABI MELZER informiert

**FELICIA LANGER**  
Bis zum letzten Atemzug  
Broschur: 160 Seiten  
ISBN 978-3-9817922-9-4  
Preis: 15,-€

**ILAN PAPPE**  
Was ist los mit Israel  
Broschur: 160 Seiten  
ISBN 978-3-9817922-6-3  
Preis: 14,95 €

**ABI MELZER**  
Israel vor Gericht  
Broschur: 310 Seiten  
ISBN 978-3-9817922-8-7  
Preis: 20,-€

**ABI MELZER**  
Mit Feuer und Blut  
Broschur: ca. 300 Seiten  
Mit zahlreichen Abbildungen  
ISBN 978-3-9817922-7-0  
Preis: 20,-€

ANZEIGE

[www.edition-assemblage.de](http://www.edition-assemblage.de)

**edition assemblage**

Bini Adamczak  
Der schönste Tag im Leben  
des Alexander Berkman  
Vom womöglichen Gelingen der Russischen Revolution

152 Seiten | 12,80 €  
ISBN 978-3-96042-026-2

BINI ADAMCZAK  
**DER SCHÖNSTE TAG IM LEBEN DES ALEXANDER BERKMAN**  
VOM MÖGLICHEN GELINGEN DER RUSSISCHEN REVOLUTION

1920 wurde Alexander Berkman aus dem Gefängnis in den USA in die junge Sowjetunion abgeschoben. Seine Ankunft in der Russischen Revolution beschrieb der Anarchist als den schönsten Tag seines Lebens. Die Enttäuschung folgte schnell. Berkman verließ das sozialistische Russland und kritisierte scharf dessen autoritäre Verwandlung. Aber war diese Entwicklung notwendig? Oder hätte die Geschichte auch anders ausgehen können? Zum 100. Jahrestag der Russischen Revolution fragt Bini Adamczak, wie sich Scheitern und Niederlage der Revolution hätten vermeiden lassen. Welcher Weg hätte dafür eingeschlagen werden müssen – und von wem? Die Autorin diskutiert historische Modelle wie kontra-historische Potenziale und stellt die Frage: Unter welchen Bedingungen hätten Berkman und seine politischen Nachfahren – wir – noch schönere Tage erleben können?

Der 7. November ist in Russland schon lange kein Feiertag mehr. Jedenfalls nicht mehr der, der er lange Jahre war: der Jahrestag der Oktoberrevolution, begangen mit einer Militärparade auf dem Roten Platz und jeder Menge roter Fahnen im öffentlichen Raum. 1996 schaffte Boris Jelzin ihn ab, aber nur zur Hälfte: Ein Feiertag blieb das Datum, nicht zuletzt, weil der arbeitsfreie Tag, gern zur Verlängerung des Wochenendes genutzt, als sozialer Besitzstand gilt. Nur sollte es jetzt der »Tag der Einheit und Versöhnung« sein. Weil das nicht so richtig begeisternd war, schaffte die Staatsduma schon unter Wladimir Putin 2005 den 7. November als gesetzlichen Feiertag ab, führte aber in unmittelbarer zeitlicher Nähe einen anderen Feiertag neu ein – den »Tag der Einheit des Volkes« zum Gedenken an einen Aufstand, in dem 1612 Moskauer Bürger und Handwerker polnische Truppen aus der Hauptstadt vertrieben. Klassenübergreifend patriotisch, das gefällt jeder Herrschaft.

Das Geeiere zeigt das Dilemma, das die russische Staatsmacht mit dem Erbe der Oktoberrevolution hat: Sie hat einerseits das Zarenreich zerstört – das gilt als schlecht. Ein neues Geschichtsmuseum auf dem Gelände der ehemaligen Allunionsausstellung im Moskauer Norden präsentiert beide Revolutionen des Jahres 1917 als Ergebnis finsterner Machenschaften der russischen Liberalen und Linken gegen dem legitimen Zaren Nikolai II. Die Darstellung in dem in Kooperation zwischen der staatsnahen Orthodoxen Kirche, dem Kulturministerium und der Präsidentschaft entstanden und mit allem erdenklichen Multimedia-Schnickschnack ausgestatteten »My History Park« akzentuiert, wer da alles gegen den armen Zaren intrigiert habe: Liberale – für englisches Geld; Juden – aus Hass gegen die Orthodoxie; Marxisten, um die »von einem deutschen Rabbinersohn« (Karl Marx) ausgedachte Theorie des Sozialismus in einem dafür denkbar ungeeigneten Land auszuprobieren, und überdies mit deutschem Geld. Der Aspekt der deutschen Unterstützung für die Bolschewiki in Form der Durchreisereiselaubnis im Frühjahr 1917 wird in seiner Bedeutung gnadenlos übertrieben – so als hätten die 20 oder 30 Leute, die mit Lenin im »verplombten Waggon« saßen, irgendetwas ausrichten können, wenn sie nicht in einer Situation agiert hätten, in der das Zarenreich für den Großteil

# Peinliches Erbe

Wie Russland heute an die Oktoberrevolution erinnert.

Von Reinhard Lauterbach

der Bevölkerung, von Arbeiterklasse und Bauern bis zu großen Teilen der Bourgeoisie, jede Legitimität verloren hatte. Die Oktoberrevolution erscheint als Putsch, der anschließende Bürgerkrieg oberflächlich sicher nicht falsch, aber ohne jede Reflexion über Ursachen und Folgen – als Kette endloser Grausamkeiten, Lenin als deren persönlicher Auftraggeber.

Besonders übel nimmt man Lenin heu-

terseits wird die praktische Folge, dass eben das russische Reich durch die Bolschewiki im wesentlichen zusammengehalten wurde, dann etwas wider Willen doch gewürdigt. Es ist insofern zwangsläufig, dass insbesondere Stalin, auf dessen Konto diese Rekonstruktion russischer Staatlichkeit im sowjetischen Gewand ging, in den heutigen Geschichtspopularisierungen deutlich positiver da-

steht als Lenin. Das erwähnte Geschichtsmuseum »My History Park« in Moskau huscht über die Repressionen der 1930er Jahre – die ja zum großen Teil Parteimitglieder und damit Parteigänger des Sowjetstaates trafen – eher oberflächlich hinweg, viel zentraler erscheint die Verfolgung der Geistlichkeit in den 1920er Jahren. Mit dieser und anderen Referenzen an Stalin liegt die heutige russische Geschichtspolitik in etwa auf der Linie des »patriotischen« Teils der weißgardistischen Emigration in den 1920er Jahren, als nicht wenige der einstigen Emigranten sich zur Rückkehr in die Heimat entschlossen, um »am Aufbau mitzuwirken«. Gegen den ebenfalls von der Sowjetunion erkämpften Sieg über den deutschen Faschismus erhebt sich erst recht kein kritisches Wort. Er gilt als Sieg trotz der roten Fahnen, unter denen er erfochten wurde.

Den Kommunisten wird nicht verboten, weiterhin ihre Interpretation der sowjetischen Geschichte zu vertreten. Die KPRF hat in diesem Jahr mit einer Vielzahl von Veranstaltungen ihre Sichtweise öffentlich gemacht, eine Sichtweise, die freilich auch deutlich weniger kommunistisch als vielmehr russisch-patriotisch ist.

Wladimir Putin weiß, dass er mit einer frontalen Negation der sowjetischen Epoche nach wie vor große Teile der Bevölkerung vor den Kopf stoßen würde. So findet die Rehabilitierung des Zarismus einstweilen noch schaumgebremst statt. Wenn erst einmal die sowjetisch geprägte Generation gegangen sein wird, steht zu erwarten, dass die »Weißwäscherei« der russischen Geschichte sich zumindest offiziell zur herrschenden Linie entwickeln wird.

**Reinhard Lauterbach ist Osteuropa-Korrespondent der jungen Welt. Er lebt in Polen. Zuletzt erschien von ihm »Das lange Sterben der Sowjetunion: Schicksalsjahre 1985-1999«, Edition Berolina, Berlin 2016 (auch im jW-Shop erhältlich)**



te seine Nationalitätenpolitik. Wladimir Putin sagte in seiner Rede zur Lage der Nation im Dezember 2016, mit der Wahl einer pro forma föderalen Struktur national definierter Republiken für die Sowjetunion – anstelle einer Rekonstruktion des Zentralismus des Zarenreiches – habe der Revolutionär eine »Atombombe« unter das russische Reich gelegt, die 1991 explodiert sei. Dass es zu jener Zeit, als die vom US-Präsidenten Woodrow Wilson zur Zerschlagung aller Vielvölkerreiche Zentraleuropas erdachte Losung des Selbstbestimmungsrechts der Völker frisch und virulent war, wahrscheinlich keine andere Möglichkeit gab, das russi-

ler Identitäten positiv vom Zarenreich abzusetzen. Lenin hatte dessen Russifizierungspolitik stets als »großrussischen Chauvinismus« schonungslos kritisiert. Nun soll bereits die Anerkennung solcher Identitätsfindungsprozesse in einem nun einmal multinational zusammengesetzten Volk als Staatszersetzung mit Verzögerungseffekt betrachtet werden. Das ist etwas völlig anderes als Rosa Luxemburgs marxistische Kritik an dieser Politik in dem Aufsatz »Zur russischen Revolution«, es ist eine ahistorische Konstruktion aus einer negativen Teleologie heraus, theoretisch dumm und politisch reaktionär.

ANZEIGEN

**Warum die Russische Revolution studieren**

Vertegelt des Internationalen Komitees der Vierten Internationale zum 100. Jahrestag

**1917**

Die Februarrevolution und die Strategie der Bolschewiki Band 1

292 Seiten, € 9,90  
ISBN: 978-3-88634-137-5  
Auch als E-Book erhältlich

## Warum die Russische Revolution studieren

Von Februar bis Oktober 1917 wurde Russland von zwei gewaltigen Revolutionen erschüttert. Die erste beseitigte die Romanow-Dynastie, die mehr als 300 Jahre lang über das Land geherrscht hatte. Die zweite stürzte die bürgerliche Provisorische Regierung und errichtete den ersten sozialistischen Arbeiterstaat der Geschichte. Hundert Jahre nach der Russischen Revolution bleiben die Ereignisse von 1917, ihre Folgen und Lehren Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen. Die Vorlesungen und Aufsätze in diesem Band stammen von führenden Mitgliedern des Internationalen Komitees der Vierten Internationale. Sie wurden aus Anlass des 100. Jahrestags der Russischen Revolution verfasst und beleuchten deren Verlauf aus marxistischer Sicht. Der Schwerpunkt liegt auf der Bedeutung der Lehren von 1917 für die heutige Welt, die wieder von einer globalen Krise des Kapitalismus erschüttert wird.

[www.mehring-verlag.de](http://www.mehring-verlag.de)

## 10 Tage, die die Welt erschütterten | Die Lehren des Roten Oktober

FESTVERANSTALTUNG VON DKP, KKE UND TKP  
ZUM 100. JAHRESTAG DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

- Redebeiträge von Dr. Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP, und von Genossen der KKE und TKP
- Kulturprogramm mit Musik, revolutionären Texten und Gedichten

4. November 2017 Samstag 18.30 Uhr Einlass ab 18.00 Uhr

Friedenau • Rotenbergstraße 127 • 70190 Stuttgart-Ost\*

\* ab U9-Haltestelle Paitelsberg 3 Min. Fußweg durch die Abelsbergstraße  
\* ab U4-Haltestelle Leo-Netter-Bad 7 Min. Fußweg durch die Abelsbergstraße





ARCHIV METZGER

# Die Restauratoren kannten ihren Lenin

Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution in Russland verdichtete sich in der Perestroika. **Von Werner Pirker**



BELINDA WOLFF

Am 24. Oktober war der 70. Geburtstag des langjährigen *jw*-Redakteurs und Kommentators Werner Pirker, der am 13. Januar 2014 starb. In der *jw*-Beilage zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution erschien am 7. November 1997 der nebenstehende Text. Er ist auch in dem Buch »Werner Pirker: Dialektik der Konterrevolution. Schriften gegen Restauration und Weltordnungskriege« enthalten, das 2014 im Wiener Promedia-Verlag erschien (224 Seiten, 17,90 Euro, auch im *jw*-Shop erhältlich).

Der Charakter des zu Ende gehenden Jahrhunderts war bestimmt von der Dialektik von Revolution und Konterrevolution in Russland. Was der hitlerfaschistischen Reaktion versagt blieb, die Auslöschung des sozialistischen Experiments in der Sowjetunion, wurde von Leuten vollzogen, die eben noch die lichte kommunistische Zukunft beschworen hatten.

Der Bolschewismus hat die Marxsche Revolutionstheorie revolutioniert, indem Lenin und die Seinen das Entscheidende am Marxismus, seine revolutionäre Dialektik, zur Anwendung brachten. Von der reformistischen Strömung in der Arbeiterbewegung unterschied ihn, dass er die Formationstheorie – Entwicklung der Gesellschaft von niederen zu immer höheren Formationen – nicht passiv, das heißt nicht geschichtsfatalistisch rezipierte, sondern re-

volutionär. Die bürgerlich-demokratische Revolution in Russland wuchs in die sozialistische hinüber, nicht weil in diesem halbfeudalen Land der kapitalistische Grundwiderspruch am ausgeprägtesten gewesen wäre, sondern im Gegenteil, weil dort zu seiner Entfaltung keine Zeit mehr blieb, weil sich eine Fülle von allen möglichen, oft einander widersprechenden und durch den imperialistischen Krieg bis zum äußersten zugespitzten Widersprüchen angehäuft

hatte, die eine evolutionäre Entwicklung im bürgerlichen Rahmen unmöglich machten.

Lenin begründete die Aktualität der sozialistischen Revolution in Russland, die er damals als Auftakt zur Weltrevolution verstand, aus dem Imperialismus als dem »höchsten und letzten Stadium des Kapitalismus«. Als den »ökonomischen Kern der ganzen Sache« bezeichnete er das Monopol – für ihn Ausdruck von Fäulnis und Stagnation. Zugleich konstatierte er, dass der Kapitalismus aufgehört hatte, auf seinen ureigensten Grundlagen – freie Konkurrenz, freie Preisbildung etc. – zu existieren, dass das objektive Niveau der Vergesellschaftung bereits über die kapitalistische Formation hinauswies. Anders als Kautsky oder die »imperialistischen Ökonomen« um Pjatakow begriff Lenin diesen Prozess nicht als Selbstaufhebung des Kapitalismus, sondern sah ihn gebrochen durch das Prisma der Klassenwidersprüche, unter denen er sich vollzog. »Die Aneignung aber bleibt privat«, der soziale Antagonismus verschärft sich.

## Wer wen?

In »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll« schreibt Lenin: »Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.« Im Rückblick auf 70 Jahre Staatssozialismus stellt sich natürlich die Frage, ob hier nicht das entscheidende Einfallstor für einen staatskapitalistisch gedachten, das heißt autoritär-etatistischen Sozialismus aufgestoßen wurde? Es wäre freilich verkürzt, Lenins »staatskapitalistische« Überlegungen von der ihn primär bewegenden Idee zu abstrahieren, den revolutionären Demokratismus »bis zum Ende« zu treiben. Der Sozialismus verwirklicht sich nicht im Selbstlauf und lässt sich auch nicht einführen, ebenso wenig wie sich die Warenproduktion per Dekret abschaffen lässt, er entwickelt sich vielmehr – seine materielle Vorbereitung durch den Imperialismus vorausgesetzt – aus dem Bewegungsablauf des Demokratismus, als dessen äußerste Konsequenz.

Demokratismus bedeutete für Lenin deshalb auch nie eine bloße Verlängerung der bürgerlichen Demokratie, sondern »an Stelle des gutsbesitzerlich-kapitalistischen Staates den revolutionär-demokratischen Staat zu schaffen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise alle Privilegien abschafft«. Daraus ergibt sich Lenins be-

ANZEIGEN

## KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG



„Unsere Oligarchen“  
Spitzen des deutschen Finanzkapitals

»Wer sind nun im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts konkret die deutschen Finanzoligarchen, die zum dritten Anlauf um die Weltherrschaft ansetzen? Wir wollen zwölf davon, die die Szene bestimmen, hier vorstellen:

Oft sind es die Erben der Finanzoligarchen, die die Weltkriege angezettelt haben ...«

DIN A5-Broschüre,  
Herbst 2017, 36 Seiten,  
Bezug gegen Spende

**KAZ**  
KAZ-Fraktion Ausrichtung Kommunismus

Kontakt und Bezugsmöglichkeiten:  
Gruppe KAZ, Reichstraße 9, 90809 Nürnberg

E-Mail: [kaz@kaz-online.de](mailto:kaz@kaz-online.de)

## Lieferservice für Lesende Linke (LLL)

An Alle! An Alle!

20 neue Bücher zur Oktoberrevolution  
und für den linken Alltag ...

... in unserem neu-dekorierten Internet-Schaufenster  
und insgesamt über

# 3 Millionen

... Artikel (Bücher, CD's, DVD's, E-Books ...)  
in unserem Web-Shop auch für Schule, Studium, Beruf, Freizeit  
und zum Sich-selbst-und-anderen-eine-Freude-machen:

[www.neue-impulse-verlag.de](http://www.neue-impulse-verlag.de)

Da wird doch wohl etwas für Dich/für Sie dabei sein!\*

\* Der revolutionäre Nebennutzen unseres LLL: Mit jeder Bestellung wird die Zeitschrift **Marxistische Blätter** finanziell unterstützt. Und das nicht nur zur Weihnachtszeit ...



rühmte Fragestellung: Wer wen? Entweder »staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus« als »Militärzuchtthaus für die Arbeiter« oder staatsmonopolistischer Kapitalismus in einem revolutionär-demokratischen Staat, in dem den gesellschaftlichen Grundbedürfnissen gegen den Parasitismus der besitzenden Klassen Geltung verschafft wird.

Eine solche neue Staatsmacht aber bedarf der Zerschlagung des alten Staatsapparats, einer grundsätzlich neuen staatlichen Organisation. Die Bolschewiki orientierten auf einen Staat vom Typ der Pariser Kommune bzw. schöpften aus der bodenständigen Erfahrung der aus der Russischen Revolution 1905 spontan hervorgegangenen Sowjets als Aufstands- und potentielle Machtorgane. Als Grundprinzip der Sowjetmacht ergab sich die Aufhebung der bürgerlichen Gewaltenteilung. Lenins vor allem in »Staat und Revolution« formulierte Vorstellungen einer revolutionären Staatsmacht waren denkbar einfach: Alle Macht den Sowjets, deren Deputierte jederzeit wähl- und abwählbar sein müssen, Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei usw. durch die allgemeine Volksbewaffnung. Aufhebung des Parlamentarismus, aber nicht »als Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit, sondern als Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in »arbeitende« Organe, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.«

Lenins Visionen, in ihrer Unmittelbarkeitsperspektive heute kaum noch nachvollziehbar, sind vom realen Verlauf der Ereignisse als illusionär bloßgestellt worden. Die Durchschaubarkeit der Verhältnisse, die jede Köchin zum Regieren des Staates befähigen sollten, die allgemeine Volksbewaffnung sind Ausdruck eines »naiven, primitiven Demokratismus« – den Lenin übrigens als unumgänglich erachtete, »will man zum Sozialismus vorwärtsschreiten« – und mit modernen Vorstellungen konsensualer Vergesellschaftung nur schwer vereinbar. Gerade da, wo Lenins Staatskonzeption am antiautoritärsten gedacht ist, bildet sie in ihrer Unmittelbarkeit ein Einfallstor für den Autoritarismus, der diesen Demokratismus der Unmittelbarkeit brutal in sein Gegenteil, in die Unmittelbarkeit der Führerautorität, verkehrte, welche die Bezeichnung »Stalinismus« erhalten sollte.

Die revolutionäre Demokratie war keine Schöpfung der Bolschewiki, wie die revolutionären Massen auch nicht Manövierrasse der bolschewistischen Aufstandsstrategie waren. Sie traten im Februar 1917 selbstständig auf den Plan, schufen die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, später auch der Bauerndeputierten. Diese waren zwar von den Menschewiki und Sozialrevolutionären beherrscht, das Bewusstsein ihrer Macht als Organe der Doppelherrschaft aber bekamen sie von den Bolschewiki vermittelt.

Diese Machtkrise verschärfte die revolutionäre Krise. Die Bolschewiki orientierten bis zum Juli 1917 auf eine friedliche Entwicklung der Revolution – durch die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets und auch durch die Ausübung von Druck auf die Sowjetmehrheit, die Doppelherrschaft zu ihren Gunsten zu beenden. Dann begann die Reaktion die Gangart zu verschärfen, doch ihre physische Kraft war erschöpft. Als General Kornilow putschen wollte, unterstützten die Bolschewiki den Chef der Provisorischen Regierung, Alexander Kerenski – »wie der Strick den Gehängten«. Tragödie und Farce: Dem letzten Repräsentanten der KPdSU und des Sowjetstaates sollte im August 1991 das gleiche Schicksal zuteil werden.

Die Millionenmassen begannen, Geschichte zu schreiben, doch sie waren Analphabeten. Dem weitgehend unblutigen Umsturz folgte ein von ausländischen Interventionen entfesselter Bürgerkrieg, in dem die proletarische Avantgarde verblutete. Der Kriegskommunismus hob den kapitalistischen Markt nicht positiv auf, sondern ersetzte ihn durch außerökonomischen Zwang. Die Entfremdung der Menschen

von Macht und Eigentum wuchs aufs neue. Der Kronstädter Aufstand machte das Dilemma deutlich. Dialektik von Revolution und Konterrevolution in Russland: Die Revolution sollte beim Wort genommen werden, doch die Stichworte lieferte die Konterrevolution – »Sowjets ja, Bolschewiki nein!« forderte ein Herr Miljukow, einst Außenminister der Provisorischen Regierung und nun Führer der Kadettenemigration in Paris. Nach Ansicht der Bolschewiki war der Matrosenaufstand ein Ausdruck der kleinbürgerlichen Schwankungen der Massen – zwischen radikalem Egalitarismus und Interessen, die in der kleinen Warenproduktion wurzelten.

### Gegen Bürokratisierung

Die 1921 von Lenin formulierte Neue Ökonomische Politik (NÖP) war ein Eingeständnis der Unmöglichkeit, die Überwindung der kapitalistischen Ökonomie den Kavalleristen zu überlassen. Der Kriegskommunismus, der im Bürgerkrieg entstandene und gestählte, der primitive, rohe, gleichmacherische Kommunismus hatte die historische Probe nicht bestanden. An die Stelle des militärischen Kommandos sollten zivilisierte Austauschbeziehungen bei unterschiedlichen Eigentumsformen treten – aber eben unter der Kontrolle des proletarischen Staates und dieser unter der Kontrolle der Arbeiter- und Bauern-Inspektionen.

So näherte sich Lenin wieder seiner Konzeption vom Staatskapitalismus an – diesmal allerdings aus der anderen Richtung. In bestimmter Hinsicht griff er auch seine Formel von 1905 über die »revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern« wieder auf, die eine revolutionär-demokratische Staatsmacht bei anhaltender kapitalistischer Ökonomie beinhaltete.

Die Bürokratisierung des Sowjetstaates zu verhindern, galt Lenins letzter vergeblicher Kampf. In der »Verratenen Revolution« schreibt Trotzki: »Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus resultierenden Kampf aller gegen alle«. Doch das Erreichen einer höheren Stufe der materiellen Produktion hob das bürokratische Regime nicht auf. Nun ging es darum, »einer Minderheit erhebliche Privilegien zu gewähren und die Ungleichheit in eine Knute zur Anpeitschung der Mehrheit zu verwandeln. Das ist der Grund, warum das Wachstum der Produktion bisher nicht die sozialistischen, sondern die bürgerlichen Züge des Staates stärkte«. Der Staat, in dem es nach Lenin kein Beamtentum mehr geben sollte, weil alle zu Beamten werden, ausgebildet im schlichten Einmaleins der Rechnungsführung und Kontrolle, hatte keine realpolitische Chance. Die Stalinsche Verfassung von 1936 fixierte bloß noch den Zustand, dass es nun zwar eine Sowjetmacht, aber keine Macht der Sowjets mehr gab.

Der tragische Prophet Trotzki hoffte auf eine zweite Revolution zur Überwindung des »Sowjetthermidors«. »Die revolutionäre Partei stürzt die Bürokratie und stellt die Demokratie in Sowjets und Gewerkschaften wieder her.« Für den Fall des Misslingens dieser rein »politischen Revolution«, welche die staatssozialistischen Produktionsverhältnisse unangetastet lassen sollte, skizzierte er zwei konterrevolutionäre Szenarien. »Würde die herrschende Sowjetkaste von einer bürgerlichen Partei gestürzt, so fände sie unter den heutigen Bürokraten, Administratoren, Technikern, Direktoren, Parteisekretären und überhaupt unter den privilegierten Schichten nicht wenige willige Diener.« Für den Fall aber, dass die Bürokratie an der Spitze des Staates bliebe, würden »die sozialen Beziehungen nicht starr festgeschrieben bleiben«. Die Bürokratie würde sich unvermeidlich nach Stützen in den Besitzverhältnissen umsehen müssen.

So nah können geniale Voraussicht und tragischer Irrtum nebeneinander liegen. Die

»revolutionäre Partei«, die Ende der achtziger Jahre angeblich die Demokratie in Sowjets und Gewerkschaften wiederherstellen wollte, sah sich plötzlich von der »bürgerlichen Partei« unterstützt, die wiederum willige Diener in den Bürokraten, Direktoren und Parteisekretären fand, die sich nach Stützen in den Besitzverhältnissen umsahen. Der Grundfehler in Trotzki's Konzeption der politischen Revolution bestand wohl in seiner Trennung von politischer Macht und ökonomischer Sphäre. Die Stützen in den Eigentumsverhältnissen fanden sich in den deformierten realsozialistischen Produktionsverhältnissen.

Gorbatschows Perestroikisten, die wie die Soziologin Tatjana Saslawskaja forsch die Unabdingbarkeit einer zweiten sozialistischen Revolution behauptet haben, leugneten gleichzeitig die klassenmäßige Bedingtheit des Prozesses. Weil sich die soziale Trägheit der Massen, die von den Perestroika-Helden der ersten Stunde so bitter beklagt wurde, durch Gorbatschows »Revolution von oben« nicht überwinden ließ, begann man sich nach neuen »revolutionären Subjekten« umzusehen und fand sie: unter den Maulhelden der Intelligenzija und unter den eher maulfaulen Helden der Schattenwirtschaft, die Gawril Popow, Ökonom und später Moskauer Bürgermeister, als den sozial aktivsten Teil der Bevölkerung affirmierte. Die 1987 eingeführten Kooperativen, die als genossenschaftliches und damit gesellschaftliches Eigentum definiert waren, bildeten den ersten legalen Eigentumsstützpunkt der von der Wirtschaftskriminalität erwirtschafteten Mittel. So konnten die Träger korrupter Interessen aus Bürokratie und Schattenwirtschaft auch noch die in der Gesellschaft herangereifte antibürokratische Bewegung korrumpieren. Aus verachteten Perestroika-Bremsern, den »Ingenieuren der Stagnation«, waren plötzlich »Bestarbeiter« des »wirtschaftlichen Aufschwungs« geworden.

### Jelzins Rache

Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution verdichtete sich in der Perestroika. Der Weg zum Kapitalismus war mit den besten sozialistischen Vorsätzen gepflastert: Dem Volk die Macht, den Arbeitern die Fabriken, den Bauern das Land, verkündete das ZK. Doch wie das auszulegen sei, bestimmten bereits die Ideologen der »bürgerlichen Partei«, die die Hegemonie über die linke Begrifflichkeit erobert hatten. »Sowjets ja, KPdSU nein, alle Macht dem Kongress der Volksdeputierten!« lautete die Losung der Neokadetten. Die angekündigte Neubelebung der Sowjets als wirkliche Machtorgane der werktätigen Klassen und damit verbunden die Neudefinition der Rolle der Partei im Sinne ihrer Entstaatlichung fand nicht statt, die partokratisch organisierte Plebejer-Demokratie wurde von Berufspolitikern bürgerlichen Typs im Handstreich genommen.

Die notwendige Reform des Sozialismus scheiterte, weil sie nur als revolutionäre Massenleistung zu haben gewesen wäre. Doch der Demokratismus gelangte nicht zum Bewusstsein seiner selbst. Er versumpfte im Sog eines von den Demokraten propagierten populistischen Antikommunismus. Während die Aggression der Massen gegen das partokratische Privilegiensystem gelenkt wurde, verbündeten sich Nomenklaturisten und konjunkturelle Demokraten zur Aufteilung des verselbständigten Gesellschaftseigentums. Der Kampf zweier Klassenlinien in der Perestroika wurde zum Spiel auf ein Tor, weil erstens das Bewusstsein der unteren Schichten völlig desorganisiert war und weil zweitens durch das Bündnis der Träger alter (staatsbürokratischer) und neuer (marktvermittelter) Interessen eine (vom Sozialismus) emanzipierte Oberschicht entstanden war, welche die alleinige Definitionsgewalt über die Veränderungsprozesse innehatte.

Weg mit den Sowjets, skandierten die Helden der Demokratie noch vor dem konterrevolutionären Umsturz 1991, als sich im Moskauer Stadtsowjet eine Mehrheit linker Demokraten gegen den Eigentumsdeal zwischen Marktwirtschaftsdemokraten und eigentumsbewussten Altkadern aufgelehnt hatte. Dagegen hieß es im August 1991 noch einmal: Alle Macht dem Obersten Sowjet der Russischen Föderation! Als Jelzin-loyales Organ verlieh er dem Staatsstreich eine quasilegitime Grundlage und beraubte sich damit seiner eigenen Legitimität. Gleich in seinen ersten Dekreten entmündigte Jelzin die örtliche Selbstverwaltung durch die Installation von Vertretern der Präsidentschaft vor Ort. Doch die endgültige Revanche an der Sowjetmacht stand noch aus.

Die russischen Restauratoren kannten ihren Lenin und wussten, dass sie eines anderen Staatstyps bedurften. Vorgeblich ging es darum, das administrative Kommandosystem zu beseitigen. Doch in Wirklichkeit bedeutete Lenin umgekehrt gedacht keineswegs, den vorgefundenen bürokratischen Staatsapparat zu zerschlagen. »Keine Macht den Sowjets!« bedeutete vielmehr, die Organe demokratischer Gegenmacht auseinanderzujagen. Während der Ideologe Jelzin an den Bolschewiki Revanche für die im Januar 1918 aufgelöste Konstituierende Versammlung nehmen wollte, setzte der Praktiker Jelzin die Diktatur der Partei und der Exekutivkomitees über die gewählten Machtorgane fort. Jelzins Machtpartei bildet die strukturelle und weitgehend auch personelle Fortsetzung der Partokratie.

Die Sowjets nach 1991 waren indessen keine Sowjets im Leninschen Sinn. Denn sie und nicht Jelzin verteidigten während der Machtkrise 1993 das Prinzip der Gewaltenteilung – gegen die Kreml-Autokratie. Und dennoch war der noch zu Sowjetzeiten gewählte letzte Oberste Sowjet kein »normales« Parlament bürgerlichen Typs. Er reagierte zuerst auf spontane, dann auf immer bewusster Weise auf den dramatischen Konflikt zwischen der Bereicherungsanarchie und den Grundbedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit. Die primitive, rohe Privatisierung war parlamentarisch nicht vermittelbar. So war Jelzins Krieg gegen die Sowjetmacht, die keine mehr war, sowohl ein virtueller als auch ein realer, war das russische Parlament anno 1993 doch in der Tat zu einem Kristallisationspunkt des sozialen Widerstandes gegen den Parasitismus der Neurussen geworden. In diesem Sinn war dieser letzte, bereits »verbürgerlichte« Oberste Sowjet leninistischer als die entschlafenen Sowjets der verdienten Wissenschaftler und Traktoristen des Volkes.

Das privilegierte Neurussentum führte einen Präventivkrieg gegen den revolutionären Demokratismus, gegen die »revolutionäre Abschaffung« aller Privilegien. Der neurussische Kriegskapitalismus ist indessen kein staatskapitalistischer, denn er zielt unter der Flagge des Neoliberalismus auf die künstliche Rücknahme des erreichten Niveaus der Vergesellschaftung. Gleichzeitig ist er in seinen Grundzügen staatsmonopolistisch geblieben, als parasitärer Etatismus: der Staat als Selbstbedienungsladen der bürokratisch-mafiosen Bourgeoisie.

Auch wenn sich der sowjetische Sozialismus nie von seinen staatskapitalistischen Voraussetzungen zu lösen vermochte: Aus seiner Negation ergab sich ein beispielloser Enteignungsexzess, in dem nicht die Funktionäre des Staatseigentums ihrer Privilegien, sondern die Volksmassen ihrer sozialen Errungenschaften beraubt wurden. Aus der Entmachtung der KPdSU entstand keine authentische Sowjetmacht, und auf den Trümmern der weggeschossenen Sowjets entfaltete sich keineswegs die bürgerliche Gewaltenteilung, sondern eine hemmungslose Diktatur der Exekutive.

Die Frage der sozialen Demokratie, der Überwindung der Diktatur der Wertpapiere über die lebendige Arbeit, vom Oktober auf radikale Weise aufgeworfen, ist aktuell geblieben. Denn anders wird die drohende Katastrophe nicht bekämpft werden können.

**Werner Pirker studierte Soziologie und Politikwissenschaften in Frankfurt am Main und arbeitete von 1975 bis 1991 als Redakteur der Volksstimme, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs. Von 1986 bis zum Ende der Sowjetunion war er deren Korrespondent in Moskau. Ab 1994 arbeitete er in der jW-Redaktion, von 1997 bis 2000 als deren stellvertretender Chefredakteur, danach als freier Journalist in Wien. Bei Promedia sind von ihm erschienen: »Die Rache der Sowjets. Politisches System im postkommunistischen Russland« (Wien 1994) sowie (gemeinsam mit Wilhelm Langthaler) »Ami go home. Zwölf gute Gründe für einen Antiamerikanismus« (Wien 2003)**

Auf dieser Seite und den folgenden dokumentieren wir zumeist auszugsweise Thesen von Referenten zu der Konferenz »Machteroberung 1917 und Machtfrage heute«, die zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution am Sonnabend, dem 4. November, in Leipzig stattfindet. Träger und Unterstützer der Tagung sind: Marxistisches Forum Sachsen und Leipzig, der Liebkecht-Kreis Sachsen, die Kommunistische Plattform der Partei Die Linke Sachsen, der Geraer Sozialistische Dialog, der Regionalverband des RotFuchs-Fördervereins, die Deutsche Kommunistische Partei Leipzig, die Sozialistische Alternative Vorwärts Leipzig, der Traditionsverband der NVA und der Grenztruppen der DDR, die SDAJ Leipzig sowie ISOR Leipzig. Referenten sind Georg Fülberth, Steve Hollasky, Volker Külow, Ekkehard Lieberam und Arnold Schölzel.

Die Tagung findet von 10 Uhr bis 17 Uhr am 4. November in der Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig statt. Die Konferenzmaterialien werden veröffentlicht.

Georg Fülberth ist Politikwissenschaftler und schreibt u. a. für jW, *Unsere Zeit*, *Ossietzky*, *konkret*, *Freitag* und *Neues Deutschland*, ist Kolumnist bei *Lunapark21* sowie Autor zahlreicher Bücher zur Geschichte der BRD, der DDR und des Sozialismus. In diesen Tagen erscheint die dritte Auflage seiner »Geschichte der BRD« (Papyrossa-Verlag, Reihe Basiswissen), im März veröffentlichte er in derselben Reihe »Das Kapital kompakt«.

Was bedeutet(e) die Oktoberrevolution

1. für Russland,
2. für den Kapitalismus,
3. für den Sozialismus,
4. für die Menschen im Osten, Westen und Süden,
5. für die Gegenwart und die Zukunft?

1. Die Oktoberrevolution 1917 war in Russland eine Etappe auf dem Weg vom in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch bestehenden Feudalismus in den Kapitalismus nach dem Untergang der Sowjetunion 1991. Ihre Akteure sahen sie anders: Im Februar 1917 habe eine allgemeinde-mokratische und bürgerliche Revolution stattgefunden, im Herbst sei mit der Vor-



# Frühsozialismus

Die 1917 in Russland entstandene Gesellschaftsform hatte noch keine eigene ausreichende ökonomische Basis, war aber fortschrittlich: Rüstung und Krieg waren für sie kontraproduktiv. **Von Georg Fülberth**

bereitung zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus begonnen worden. Diese erwiesen sich – durch Fortsetzung der mit der Bauernbefreiung von 1861 beginnenden sogenannten ursprünglichen Akkumulation von Kapital – durch die unter den Bolschewiki vorangetriebene Alphabetisierung, Elektrifizierung und Industrialisierung als Basis des schließlich erfolgreichen Kapitalismus.

2. Schuf die Oktoberrevolution im Endeffekt in Russland die Voraussetzungen für den Kapitalismus, so hat sie zugleich die schon lange bestehenden bürgerlichen Gesellschaften des Westens positiv verändert.

1917 war der Kapitalismus in seinen Zentren schon längst in den Imperialismus übergegangen: Monopolkapitalismus, Kolonialismus und kriegerische Konfrontation. Letztere nahm ab 1914 Züge der Selbstzerstörung an. Angesichts der nun erreichten Weltmachtposition der Sowjetunion veränderte sich 1945-1991 der Imperialismus innen- und außenpolitisch: Er verlor seine Kolonien, und unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika stellten die hochentwickelten kapitalistischen Länder ihre bisherigen Kämpfe gegeneinander ein. Die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene UdSSR erzwang auch eine innere Transformation des Kapitalismus durch den Übergang zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Diese entsprach zwar auch der inneren Logik seiner Selbsterhaltung durch Vermeidung von Überkapazitäten und sozialen Spannungen, aber sie wäre ohne die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus weniger konsequent umgesetzt worden.

3. Die nach 1917 hergestellte Kombination aus Staatseigentum und Parteidiktatur war die einzige Sozialismusform, die bislang über mehrere Jahrzehnte hin Bestand hatte, bis sie schließlich an der Unreife ihrer Ökonomie und ihrer Unterlegenheit in der Systemauseinandersetzung zugrunde ging. Am zutreffendsten wird sie wohl als Frühsozialismus (oder verfrühter Sozialismus)

bezeichnet werden können: als eine auf öffentlichem Eigentums beruhende Gesellschaftsform, die noch keine eigene ausreichende technische und ökonomische Basis hatte und diese auch nicht haben konnte, da sie nur in Staaten nachholender Entwicklung erprobt wurde. Deshalb wird aus ihr kaum etwas für einen etwaigen künftigen Sozialismus gelernt werden können.

4. Die gesamte Zeitspanne vom Beginn der sogenannten ursprünglichen Akkumulation bis zum Ende der industriellen Revolution betrug in den schließlich kapitalistischen Ländern West- und Mitteleuropas zirka 350 Jahre (1500 bis 1850) mit Massenelend und Millionen Menschenopfern, u. a. in den Kolonien. Der gleiche Prozess vollzog sich in Russland in zirka nur 80 Jahren (1861 bis 1941). Diese dem Kapitalismus ebenso vertrauten Brutalitäten waren (einschließlich der Verbrechen des Stalinismus) auf einen kürzeren Zeitraum zusammengedrängt und wirken horrender, auch weil aktueller. Die Industrialisierung der Sowjetunion wurde zur Basis für einen zivilisatorischen Aufstieg ihrer Völker und, da nicht mehr mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln verbunden, relativ großer Gleichheit sowie von sozialer Sicherheit, allerdings auf geringerem materiellem Niveau als in den kapitalistischen Metropolen. Die Sowjetunion trug die Hauptlast an der Zerschlagung des Faschismus, der – anders als von Ernst Nolte und den Nazis, die sich als Retter vor ihr darstellten, behauptet – keine Antwort auf die Oktoberrevolution, sondern eine Variante kapitalistischer Entwicklung gewesen ist. Anders als im Kapitalismus waren für die Staaten des sozialistischen Weltsystems Rüstung und Krieg ökonomisch kontraproduktiv, so dass bereits der in mancher Hinsicht fehlerhafte Frühsozialismus einen in dieser Hinsicht fortgeschrittenen Gesellschaftstyp darstellte. Der Kapitalisten- wie der Arbeiterklasse im entwickelten Kapitalismus sind die Auswirkungen der Oktoberrevolution gut be-

kommen: Die sozialstaatlichen Zugeständnisse, die ohne die Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion gewiss später eingeleitet worden und geringfügiger ausgefallen wären, steigerten die Löhne und die öffentlichen Dienstleistungen, stimulierten die Nachfrage und förderten auch die Profite. Existenz und tätige Hilfe des sogenannten sozialistischen Weltsystems unterstützten die Entkolonialisierung.

5. Anders steht es mit der Auswirkung der Oktoberrevolution seit 1991: Sie ist insofern negativ, als das marktradikale Rollback (einschließlich der durch eine neue Weltwirtschaftsordnung erzwungenen Verwüstung nachkolonialer Gesellschaften) sich unter Hinweis auf das Scheitern der Sowjetunion als alternativlos darstellt und in dieses Verdikt massenwirksam auch die durch ihren Außendruck geförderten innerkapitalistischen sozialstaatlichen Reformen einbezieht.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch in Zukunft als Reaktion auf frühkapitalistische Zumutungen frühsozialistische Versuche unternommen und scheitern werden, dies wohl – wie in Venezuela seit 1998 – in Ländern nachholender Industrialisierung. Für die Aufhebung des Kapitalismus in den Metropolen dürfte weiterhin das Diktum von Marx gelten, dass eine Gesellschaftsordnung nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt und die Existenzbedingungen einer neuen Ordnung schon innerhalb der alten hergestellt sind. (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke – MEW – Band 9, Seite 13) Ob dann auch trotz der Herausbildung von Mehrheiten für diese neue Ordnung und der Gewinnung einer sozialistischen Hegemonie physische Gewalt angewandt wird, ist nicht vorhersehbar.

Ein künftiger Sozialismus wird nicht nach dem Vorbild der Oktoberrevolution vorbereitet werden, sondern anders, vielleicht nicht in Analogie zu einem Experiment, sondern zu Modellierung und Simulation.

ANZEIGEN

## 100 Jahre Oktoberrevolution 2017




**INTERNATIONALE**  
aus fünf  
zu 100 Jahre



**AKTIONSEINHEIT**  
Ländern  
Oktoberrevolution

Hamburg 29.10. bis 31.10. • Bremen 1.11. bis 2.11. • **BERLIN 5. bis 7. November**

# REVOLUTION

statt KRIEG

Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“  
Karl-Liebknecht-Haus, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin  
Tel. 030-24009505, aktionsbuero@himmlischevier.de  
[www.himmlischevier.de](http://www.himmlischevier.de)

## Die DDR im Ruhrgebiet? Ja!

Dauerausstellung in der Harkortstr. 26 - 44866 Bochum

### 100 Jahre Roter Oktober.

### Auf ein Neues!

 Kabinett Bochum e.V.

[www.ddr-kabinett-bochum.de](http://www.ddr-kabinett-bochum.de)

# Das progressive Erbe verteidigen

Die Revolution in Russland steckt bis heute voller Lehren für die politische Praxis von Marxisten weltweit. **Von Steve Hollasky**

## I. Die Bedeutung der Oktoberrevolution:

1.) Die Oktoberrevolution ist das bedeutendste Ereignis der Weltgeschichte. (...)

## II. Die Rolle der revolutionären Massen:

4.) Auffallend ist im Revolutionsjahr 1917 – wie in zahlreichen anderen Revolutionen – das intelligente Agieren der bis dahin unterdrückten Massen. (...)

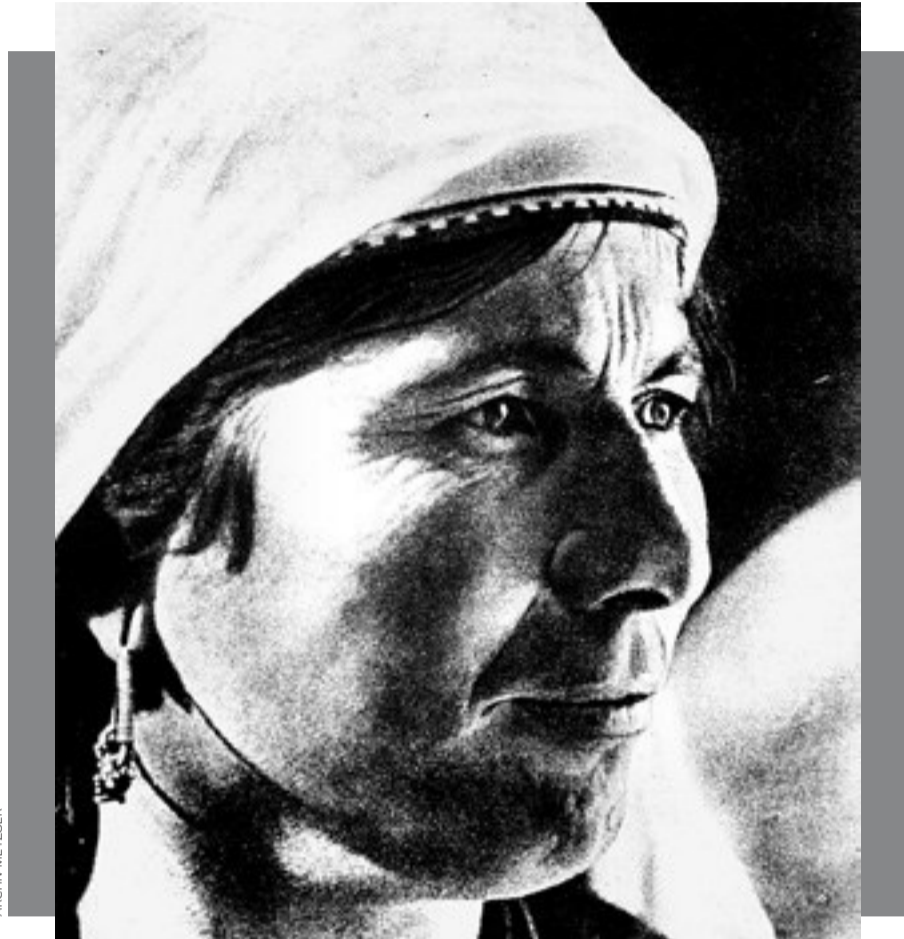
6.) Das Bewusstsein der Beherrschten machte in den Monaten zwischen Februar/März 1917 und dem Oktober/November 1917 zahlreiche Sprünge, was umso bemerkenswerter ist, wenn man bedenkt, dass auch 1917 noch gut 70 bis 75 Prozent der Russinnen und Russen weder lesen noch schreiben konnten. Stimmungen wie Nationalismus, Vaterlandsverteidigung oder ähnliches machten einer internationalistischen Stimmung Platz.

7.) Gerade in der patriarchal geprägten russischen Gesellschaft ist die Bedeutung von Frauen innerhalb des revolutionären Prozesses 1917 (...) kaum zu überschätzen. (...)

9.) Die erfolgreiche Umwälzung bestätigte die Bedeutung von revolutionären Parteien und Organisationen in revolutionären Prozessen (ohne Bolschewiki keine erfolgreiche Umwälzung) und unterstrich damit auch die Korrektheit der Leninschen Theorie und Analyse. (...)

## IV. Die Übergangsgesellschaft:

14.) Die Entwicklung der Übergangsgesellschaft kann nur teilweise als Voll-



ARCHIVNETZWER

streckung des Programms der Bolschewiki angesehen werden. Die Belastungen der jungen Sowjetrepublik (Bürger- und Interventionskriege; Ausbleiben der Weltrevolution) waren bei weitem zu hoch, um als Beispiel einer blühenden Sowjetdemokratie angesehen zu werden. (...)

## V. Stalinisierung:

17.) Dass die Führung unter Stalin grundlegende Lehren der Oktoberrevolution missachtete; die »Theorie der permanenten Revolution« durch die »Theorie vom Sozialismus in einem Land« ersetzte; wiederholt prinzipienlose Schwenks vornahm (klassenübergreifendes Bünd-

nis mit Kuomintang in China, sektiererische Politik in Deutschland 1928–1933, Volksfront u. a. in Spanien) und sich schließlich im wesentlichen an den materiellen Interessen der herrschenden Bürokratie orientierte (Erhaltung der eigenen Privilegien) war eine Katastrophe für die revolutionäre Weltbewegung.

18.) Die Aufhebung der Sowjetdemokratie unter Stalin, die Verfolgung und Auslöschung der Revolutionärinnen und Revolutionäre von 1917 (Schauprozesse, Großer Terror) verhinderte, dass die Massen weltweit in der kritischen Phase der dreißiger Jahre die Sowjetunion als Alternative zum Kapitalismus, Faschismus und Krieg begriffen und zeigt zudem deutlich den Bruch zwischen Lenin und Trotzki einerseits und Stalin andererseits.

## VI: Grundlegende Lehren:

19.) Die Revolution in Russland ist kein Ereignis von rein historischem Interesse, sie steckt bis heute voller Lehren für die politische Praxis von Marxistinnen und Marxisten weltweit. (...)

27.) Eine sozialistische Organisation muss das progressive Erbe der Oktoberrevolution innerhalb der stalinistischen Staaten (Planwirtschaft, wenn auch bürokratisiert; Außenhandelsmonopol des Staates, Staatseigentum an Produktionsmitteln; soziale Errungenschaften) verteidigen und sich gleichzeitig von der undemokratischen Herrschaftsweise, der Unterdrückung politischer Meinungen, der Verfolgung politischer Gegner usw. entschieden distanzieren.

**Steve Hollasky ist Mitglied der Sozialistischen Alternative (SAV)**

**Volker Külöw ist Historiker und Politiker. Von 2004 bis 2014 war er für Die Linke Mitglied des Sächsischen Landtags. Gemeinsam mit Wladislaw Hedeler gab er 2016 im Verlag 8. Mai, in dem auch J/W erscheint, eine kommentierte Ausgabe von Lenins »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« heraus.**

I. Die Revolution von 1917 war der frühsozialistische Versuch, aus dem kapitalistischen respektive imperialistischen Weltsystem und dem von ihm hervorgerufenen Ersten Weltkrieg auszubrechen.

In dieser Hinsicht wirkte die Oktoberrevolution als Leitrevolution für das »kurze 20. Jahrhundert« wie 1789 für das 19. Jahrhundert mit weitreichenden Folgen bis in die Gegenwart. Die bürgerliche Gesellschaft begriff die Russische Revolution und den aus ihr hervorgegangenen (realen) Sozialismus sofort als existenzielle Herausforderung, die sie einerseits mit dem »Übergang ins globale Zeitalter der Konterrevolution« (Frank Deppe) als auch andererseits – nicht zu unterschätzen – mit dem New Deal (sozialer Wohlfahrtskapitalismus) beantwortete. (...)

2. Die Revolution von 1917 war von Anfang an durch tiefe Widersprüche charakterisiert, die sie in ihrem weiteren Entwicklungsweg immer wieder prägten und deren letztendliche Niederlage mitbewirkten. Hier sollen vier dieser zentralen Widersprüche genannt werden:

I. der zwischen dem Erfolg der Revolution in einem kapitalistisch rückständigen Agrarstaat an der Peripherie mit einer zahlenmäßig kleinen industriellen Arbeiterklasse und der zwischen 1918 bis 1923 sehnsüchtig erwarteten kommunistischen »Weltrevolution« in den kapitalistischen Metropolen des Westens. Deren Ausbleiben führte dazu, dass der Sozialismus das »Zentrum« des bürgerlichen Kosmos zwar erschütterte, aber bis dorthin nicht siegreich vordrang (auch nicht nach dem Zweiten Weltkrieg). (...)

II. Im Gegensatz zur frühbürgerlichen Revolution ab dem 16. Jahrhundert, die bis 1789 und danach mehrere Reifestufen und damit einen Revolutionszyklus hervorbrachte, der sich im 19. Jahrhundert weiterentwickelte, gelang es der sozialistischen Revolution ab 1917 und den Folgejahren

## Tiefe Widersprüche einer Leitrevolution

Der Sozialismus erschütterte zwar das »Zentrum« des bürgerlichen Kosmos, drang aber bis dorthin nicht siegreich vor

nicht, einen ähnlichen Entwicklungs- und Reifeprozess hervorzubringen. Damit war untrennbar verbunden, dass es keine Revolutionierung der übernommenen Produktivkräfte und keinen qualitativen Sprung der Arbeitsproduktivität gab.

III. Der Sozialismus brachte nicht nur keine höhere Produktivkraftentwicklung als der Kapitalismus hervor, sondern trotz einiger Weiterentwicklungen auch keine grundsätzlich höhere Form der Demokratie. (...)

IV. Revolution bedeutet stets gesellschaftlichen Ausnahmezustand; die Gewalt ist der »Geburtshelfer« der neuen Gesellschaft. Während in der bürgerlichen Revolution nach dem Thermidor die äußerste Gewalt zumeist in eine Institutionalisierung der »zivilen Gesellschaft« mündete, blieb die Gewalt nach dem Bürgerkrieg in Russland bestimmend für die neue sozialistische Ordnung. (...)

3. Statt dem vielbeschworenen »Ende der Geschichte« 1989 und danach herrscht eine Generation nach der Systemniederlage des europäischen Frühsozialismus ein »neuer Imperialismus«, der ökonomisch von einem neoliberalen, deregulierten Finanzmarktkapitalismus geprägt ist, der sich allerdings seit 2007 in einer multiplen Krise befindet. Dem verstärkten Klassenkampf »von oben« vermögen die subalternen Klassen »von unten« aber zur Zeit wenig entgegenzusetzen. (...)

4. Der Übergang zum Sozialismus im 21. Jahrhundert kann sich nicht mehr auf den durch die Oktoberrevolution gesteckten Rahmen beziehen. (...)

5. (...) Derzeit gibt es in der linken Bewegung in der BRD kein alltagstaugliches Revolutionskonzept und keine Partei, die es umsetzen könnte. Das gilt für Die Linke und die von ihr und der Rosa-Luxemburg-Stiftung favorisierte kritische Transformationsforschung ebenso wie für die DKP und ihre (antimonopolistische) Reformalternative. Nicht alltagstauglich meint: Sie erweisen sich nach allen jetzigen Erfahrungen als empirisch nicht anwendbar, betrachtet man den praktischen Einfluss, den diese Konzepte auf die politische Entwicklung in unserem Land haben. (...)

6. Die Machtstrukturen des globalen Kapitalismus sind in der multiplen Krise der letzten Jahre fragiler geworden. Das Verlangen nach progressiven, linken (noch nicht sozialistischen) Alternativen zur Teufelsmühle des totalitären Neoliberalismus wird deutlicher, zunehmend werden aber auch von rechts Scheinalternativen angeboten – der Sieg einer (proto)faschistischen Massenbewegung als mögliche Herrschaftsoption des autoritären Kapitalismus in einem oder mehreren Ländern wird zunehmend wahrscheinlicher. (...)

**Volker Külöw**

ANZEIGE

**PROMEDIA**

**DER ROTE OKTOBER IN WORT UND BILD**

Larissa Reissner

**OKTOBER**

Aufzeichnungen aus Rußland und Afghanistan in den 1920er Jahren

ISBN 978-3-85371-429-4, geb., 320 Seiten, 24,00 Euro

E-Book: ISBN 978-3-85371-858-2, 19,99 Euro

Chris Dematté

**UTOPIEN DES OKTOBER**

Denkmäler der Sowjetunion

ISBN 978-3-85371-420-1, Bildband, 88 Seiten, 24,90 Euro

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder auf [www.mediashop.at](http://www.mediashop.at)

Dienstag, 7. November, 19 Uhr



## »He, wer schreitet dort rechts aus? Links!«

Ein Programm zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution  
Mit Gina und Frauke Pietsch

Die Welt veränderte sich an diesem 7. November 1917, und sie brauchte es. Das fing in Russland an und wurde ein Experiment, das ein Drittel der Erde im Sinne der Unteren und zumeist zu ihren Gunsten anders werden ließ. Das Zusammenbrechen der geschaffenen Realitäten 72 Jahre später ändert daran nichts. Gina und Frauke Pietsch erinnern in Liedern und Texten von Majakowski, Brecht, Heine, Tucholsky, Degenhardt, Theodorakis und Jewtuschenko an dieses große Geschehen.

Eintritt: 6 € / ermäßigt: 4 €

Um Anmeldung unter 0 30/53 63 55-56 oder mm@jungewelt.de wird gebeten



**Die Tageszeitung junge Welt ■ LadenGalerie**  
Galerie • Buchhandlung • Treffpunkt • Torstraße 6 • 10119 Berlin  
Montag bis Donnerstag 11–18 Uhr, Freitag 10–14 Uhr. www.jungewelt.de/ladengalerie

Drei Wochen lang:  
**Gratis lesen\***

\* Und hier das Kleingedruckte:  
Kostenlos! Unverbindlich!  
Endet automatisch!  
Muss nicht abbestellt werden!  
Einfach zum jW-Kennenlernen!



**Hier bestellen!**

**Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos lesen**

Belieferung in die Schweiz und Österreich zu gleichen Konditionen, aber für zwei Wochen. Das Abo endet automatisch.

Frau  Herr Beilage

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, AboService, Torstraße 6, 10119 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Die Belieferung beginnt ab dem nächstmöglichen Montag oder ab Montag, den \_\_\_\_\_ 2017

**Coupon einsenden an:**  
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, D-10119 Berlin, oder faxen an die 00 49 30/53 63 55-48

Sie können das Probeabo auch bestellen unter [www.jungewelt.de/probeabo](http://www.jungewelt.de/probeabo) • AboTelefon: 00 49 30/53 63 55-30

# Gegenmacht damals und heute

Auch 100 Jahre nach der Oktoberrevolution kann von Lenin und den Bolschewiki Grundlegendes gelernt werden. **Von Ekkehard Lieberam**

**Erste These:** (...) Die Oktoberrevolution war der Beginn einer neuen Epoche. Sie wurde »eine globale Konstante der Jahrhundertgeschichte« (Eric Hobsbawm). Mit ihr begann die bis 1989/1991 dauernde Epoche des Aufstiegs der Sowjetunion zur Weltmacht, des Ausbruchs zahlreicher Staaten aus dem kapitalistischen Weltsystem und des Anlaufs zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, einer globalen Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der revolutionären Veränderung grundlegender nationaler und internationaler politischer Strukturen und Regeln. Sowjetrussland und die Sowjetunion verbesserten die Bedingungen für den Kampf um eine Welt ohne Krieg. (...)

**Zweite These:** (...) Die zweite Phase der russischen Revolution, die Oktoberrevolution, war eine frühe sozialistische Revolution. Ähnlich wie die Bauernkriege, die Friedrich Engels als »Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie« bezeichnete, brach sie aus, bevor in der alten Gesellschaft die materiellen Bedingungen für eine neue Gesellschaft »ausgebrütet« worden waren. Dennoch war sie kein geschichtlicher Betriebsunfall. Sie war auch nicht von Anfang an zum Scheitern verurteilt. (...)

**Dritte These:** Lenin (...) war der einzige Sozialistenführer, der angesichts der sich anbahnenden revolutionären Situationen an Erfahrungen der Pariser Kommunisten von 1871 anknüpfte, die Marx als »Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation« im »Bürgerkrieg in Frankreich« zu einem »theoretischen Entwurf« verdichtet hatte: »Die Arbeiter hatten, ohne von der marxistischen Theorie auszugehen, Formen entwickelt, die den alten Staat ersetzen konnten. Ihre demokratischen Bedürfnisse hatten sie gelehrt, über sich selbst zu bestimmen, spontan eine politische Ordnung zu schaffen, die ihren Interessen entsprach« (Uwe-Jens Heuer: Thesen. Demokratie, Ökonomie und Recht in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. 7. Dezember 1987, Manuskript Seite 4). (...)

**Vierte These:** (...) Die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats ging einher mit der Staatswerdung der in den Sowjets konzentrierten Macht der Arbeiterklasse. Die proletarische Macht, die Diktatur des Proletariats, musste mit härtesten diktatorischen Mitteln verteidigt werden. Es war unabdingbar, den vorhandenen bürgerlich-gutsherrlichen Staatsapparat samt seiner Organe (Armee, Polizei, Regierungsapparat und Verwaltung) zu zerschlagen, aber ohne deren Ersetzung durch neue Organe, das wurde deutlich, war die Sowjetmacht nicht handlungsfähig. Damit rückte eine Funktion der sozialistischen Demokratie in neuer Qualität in den Vordergrund: die der Sicherung der Arbeiter »gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten« (Friedrich Engels). Mit der Nationalisierung der Betriebe und Banken wurde der Staat zum ökonomischen Zentrum, trat neben dem Kommunestaat der Eigentümerstaat mit eigenen Apparaten und der Aufgabe, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Industrialisierung zu organisieren. Auf dem VII. Parteitag im März 1918 und in der ersten Skizze eines Programmwerfs zog Lenin Konsequenzen für die Staatsfrage. »Wir sind jetzt unbedingt für

den Staat ... Mit dem Absterben des Staates hat es noch gute Weile.« (...)

**Fünfte These:** Ursächlich für die Transformation der Sowjetmacht zu Stalins Selbstherrschaft waren eine ganze Reihe Faktoren. Wichtig waren insbesondere der frühe Tod Lenins, der Aufstieg Stalins und das Wuchern einer sich der demokratischen Kontrolle entziehenden Partei- und Sowjetbürokratie. (...)

**Sechste These:** Sozialismus hat sich als möglich erwiesen. Im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus unterlag er. Hilfreich für zukünftige Sozialismusanläufe sind Erfahrungen bei der Schaffung eines neuen Lenkungstyps für die Leitung der Volkswirtschaft. (...)

Der Zusammenbruch des europäischen Sozialismusversuchs war im Kern eine Niederlage auf ökonomischem Gebiet, die Folge eines bürokratisch-administrativen ökonomischen Systems. In fast allen sozialistischen Ländern gab es Bemühungen, ein anderes ökonomisches System zu schaffen, das den sozialistischen Betrieben gegenüber der Zentrale entschieden mehr Rechte einräumt und zur Leitung mit vorwiegend ökonomischen Mitteln übergeht. (...)

**Siebte These:** Die Bilanz des europäischen Realsozialismus auf politischem Gebiet ist zwiespältig. Es entstanden neue demokratische Formen der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung. Ein der bürgerlichen Demokratie überlegener Demokratietyp kam nicht zustande. Die Demokratiefrage erwies sich zusammen mit der Eigentums- und Machtfrage als vielschichtige und schwierige Aufgabe sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. (...)

**Achte These:** Der Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus in den Jahren 1989/1991 leitete einen konterrevolutionären Epochenbruch ein. Progressive Veränderungen, die die Oktoberrevolution in Gang gesetzt hatte, wirken modifiziert fort. Ebenso wie die Große Sozialistische Oktoberrevolution eine neue geschichtliche Epoche einleitete, kennzeichnet das Ende des mit ihr in Gang gesetzten Ausbruchs aus dem Kapitalismus den Beginn einer neuen Epoche. Wie immer, wenn eine Epoche ihren Anfang nimmt, ist es schwierig, deren Charakter zu bestimmen. Es gibt unter Marxistinnen und Marxisten weit mehr Hypothesen als Gewissheiten und mehr kontroverse Einschätzungen als Konsens. Fast alle aber sind sich einig, dass die Welt »aus den Fugen« geraten ist. (...)

**Neunte These:** Heute die Machtfrage zu stellen, bedeutet, den langfristigen Kampf um die Schaffung von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht aufzunehmen. Dabei kann (ungeachtet einer anderen Lage) von Le-

nin und den Bolschewiki Grundlegendes gelernt werden.

100 Jahre nach der russischen Revolution, leben wir unter politischen Verhältnissen, denen trotz Krisenkapitalismus, extremer sozialer Ungleichheit, einer »kannibalischen Weltordnung« (Jean Ziegler) und imperialistischer Kriege mit Millionen Toten weder »revolutionäre Möglichkeiten« noch Chancen für eine linke »Reformalternative« innewohnen scheinen. (...) Vor der Bundestagswahl und jeder Landtagswahl verkündet z. B. die Linkspartei in ihren Wahlprogrammen, einen »politischen Richtungswechsel« herbeiführen zu wollen. Realisiert wurde das nirgendwo. Sie will dafür sogar irgendwann in die Bundesregierung gehen – mit Parteien, die bisher die neoliberale Kapitaloffensive befeuert haben. Dabei kann sich die Linkspartei sogar auf ein Alltagsbewusstsein stützen, nach dem z. B. über 70 Prozent ihrer Wähler für eine derartige »Regierungsverantwortung« sind. Ein fortwährendes Illusionstheater hat das an politischer Erkenntnis fast völlig beseitigt, was im Verlauf der russischen Revolution 1917 Allgemeingut von immer mehr Menschen geworden war: Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie sind die »denkbar beste Hülle des Kapitalismus«, nachdem das Kapital »von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat«.

Unterstützung der Provisorischen Regierung 1917 und Streben nach Regierungsbeteiligung heute waren/sind Realitätsverweigerung gegenüber den machtpolitischen Gegebenheiten. Politik im Schlepptau der Herrschenden, Blindheit gegenüber der Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems. Wie 1917 die »Einheit der Sozialisten« so wird 2017 ein »linkes Lager« herbeifabuliert. Aus dem Blick soll geraten, dass linke Politik, damals wie heute, nur gestützt auf Klassenmobilisierung und Gegenmacht Aussicht auf Erfolg haben kann.

Ein Unterschied ist allerdings bedeutsam: Die Klassenmachtverhältnisse sind heute in den kapitalistischen Metropolen extrem ungünstiger als 1917 in Russland. (...) Die einstige Allianz von Arbeiterklasse und Marxismus ging verloren. Ohne politische Aufklärung im Geiste von Karl Marx aber wird es keine gesellschaftliche Kraft geben, die eine neue Gesellschaft erkämpft. (...)

**Ekkehard Lieberam ist Staatsrechtler, Publizist, jW-Autor und Sprecher des Marxistischen Forums Sachsen. Zuletzt erschienen von ihm u. a. im Pad-Verlag Bergkamen 2016 »Rechte Geschichtspolitik unter linker Flagge« (gemeinsam mit Ludwig Elm) zur Regierungspolitik in Thüringen**

ANZEIGE

**KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG**  
PROLETARIAT ALLES LÄNDER UND UNTERGRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT! BUCH!

aktuelle Ausgabe  
**KAZ 360 • Industrie 4.0**

- Die technische Seite der Phrase der »vierten industriellen Revolution«
- »Arbeitszeitverkürzung, die zum Leben passt«
- Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonomopolistische Strategie
- »Entwaffnung« oder Antimperialismus
- Widerstand und Solidarität im Geiste Thälmanns

**KAZ** erscheint vierteljährlich  
Einzelheft 1,50 Euro  
Jahresabo 10,00 Euro

**KAZ** KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG  
[kaz-online.de](http://kaz-online.de)

Gruppe kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)  
Reichstraße 8  
90408 Nürnberg

Tel/Fax: 0911 356913  
gruppeKAZ@kaz-online.de

